

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

an den Kantonsrat von Solothurn

vom 25. März 2008, RRB Nr. 2008/565

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommissionen

Sach- und Aufsichtskommissionen

2009 – 2012

Management Summary

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2009 – 2012 enthält verschiedene Neuerungen.

Damit er sich besser in den Berichts- und Planungsablauf Rechnung - IAFP – Voranschlag eingliedern lässt, erscheint er nun bereits im Frühjahr. Der IAFP kann so jeweils für das erste Planjahr als Richtbudget dienen.

Auch der Aufbau des IAFP hat sich geändert. Im Sinne einer Harmonisierung mit den anderen wesentlichen Unterlagen zur finanziellen Berichterstattung und Planung ist er neu nach den Verwaltungseinheiten strukturiert.

Für das Planjahr 2009 ist der IAFP verglichen mit dem letzten Planungsdokument so weit bereinigt, dass die den Sanierungsbestrebungen des Regierungsrates entsprechenden Vorgaben des am 11. März 2008 überwiesenen Planungsbeschlusses des Kantonsrates (operativer Überschuss, keine Neuverschuldung) erfüllt werden können.

Betrachtet man die Planzahlen über die Jahre 2010 bis 2012, stellt man fest, dass auch in den kommenden Budgetprozessen weitere Anstrengungen notwendig sein werden, um den gemeinsamen Zielsetzungen von Regierungs- wie Kantonsrat zu entsprechen und eine Neuverschuldung zu verhindern.

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	3
Botschaft und Entwurf des Regierungsrates	7
1. Einleitung	6
1.1 Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	6
1.2 Zielhierarchie der Planungsinstrumente	6
1.3 Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten	7
1.4 Neuerungen gegenüber dem IAFP 2008 - 2011	7
1.5 Planungsgrundlagen	8
2. Finanzielle Übersichten	9
2.1 Gesamtschau	9
2.2 Ergebnisse	10
2.3 Finanzkennzahlen	18
2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2008 - 2011	20
2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie	23
3. Verwaltungseinheiten	25
3.1 Behörden und Staatskanzlei	25
3.2 Bau- und Justizdepartement	27
3.3 Departement für Bildung und Kultur	31
3.4 Finanzdepartement	37
3.5 Departement des Innern	42
3.6 Volkswirtschaftsdepartement	48
3.7. Gerichte	53
4. Anhang 1: Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrößen zur Organisationsstruktur	55
5. Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung	58
5.1. Behörden und Staatskanzlei	58
5.2. Bau- und Justizdepartement	59
5.3. Departement für Bildung und Kultur	63
5.4. Finanzdepartement	65
5.5. Departement des Innern	68
5.6. Volkswirtschaftsdepartement	70
5.7. Gerichte	71

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert.

Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

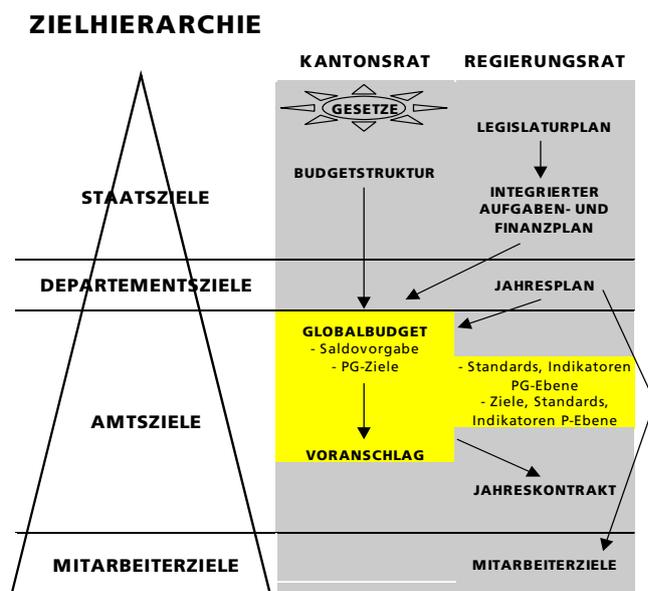
Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung;
- die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im integrierten Aufgaben- und Finanzplan;
- die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.



Die einzelnen WoV-Instrumente hängen nicht isoliert im Raum – sie sind im Gegenteil so konzipiert, dass sie aufeinander Bezug nehmen und erst im Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten. Diese Grafik zeigt diesen grösseren Zusammenhang, indem sie die Instrumente unterschiedlichen Zielebenen zuordnet und so zueinander in Beziehung setzt.

Der IAFP hat eine koordinierende Funktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

1.3. Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Das breite Spektrum der staatlichen Tätigkeit kann nach den verschiedensten Kriterien unterteilt werden. In den letzten Jahren diente als Basis die sogenannte „Funktionale Gliederung“ des öffentlichen Rechnungswesens mit 10 Aufgabenbereichen. Aufgrund der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten führte dies innerhalb der Verwaltung zu Überschneidungen und erhöhtem Koordinationsbedarf. Der Regierungsrat hat deshalb beschlossen (RRB 2008/43), den IAFP gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abzubilden (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte). Zusätzlich wird der IAFP damit besser vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, weil diese die gleichen Strukturen aufweisen.

Die Aufgabensicht ist nach wie vor in der neu ausgewiesenen „Funktionalen Gliederung“ gemäss dem Harmonisierten Rechnungsmodell ersichtlich. Diese weicht nur unwesentlich von der alten Aufgabenstruktur des IAFP ab.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen. Die detaillierte Gliederung nach Departementen, Globalbudgets und Finanzgrössen ist im Anhang 1, Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrössen zur Organisationsstruktur ausgewiesen. Im Anhang 2 sind die finanziellen Zahlenwerte der einzelnen Globalbudgets und Finanzgrössen aufgeführt.

1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2008 - 2011

1.4.1. Zeitliche Vorverschiebung

Bessere Harmonisierung der zeitlichen Abläufe.

Neu wird der IAFP im Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Damit kann der IAFP nahtlos als Richtbudget für den Budgetierungsprozess dienen. Für das Jahr 2009 sind darin Vorgaben des vom Kantonsrat beschlossenen Planungsbeschlusses vom 11. März 2008 bereits enthalten. Der Ablauf kann gestrafft werden und die Anzahl Budgetrunden im Sommer werden dadurch reduziert. Die Finanzkommission bekommt aktuellere Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben.

Neu wird der IAFP nach der Organisationsstruktur gegliedert.

Mit der Gliederung nach der Organisation wird dem Kongruenzprinzip, dem Einklang von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung mehr Bedeutung beigemessen. Dem übergeordneten Denken in Aufgaben wird mit der funktionalen Gliederung (Siehe S. 22) weiterhin nachgelebt, wie es das WoV-Gesetz bzw. die WoV-Verordnung vorgibt.

1.4.2. Inhaltliche Änderungen

Zusätzliche Berichte:

Volkswirtschaftliche und Funktionale Gliederung

Damit der Bezug zu den Aufgabenbereichen annähernd nachvollziehbar ist, wird neu der Bericht nach der „Funktionalen Gliederung“ auch im IAFP ausgewiesen.

Geschäftskontrolle 2007 und Jahresplan 2008 der Departemente

Werden neu bei den Massnahmen ausgewiesen.

1.4.3. Änderungen der Struktur

Sämtliche Verwaltungsstellen haben ab dem 1.1.2008 ein eigenes Globalbudget.

1.5. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Das SECO schätzt aufgrund der absehbaren weltwirtschaftlichen Verlangsamung eine zunehmende konjunkturelle Abkühlung. Für 2008 wird ein BIP-Wachstum der Schweiz von 1,9% prognostiziert, für 2009 wird von einer Zunahme um 1,7% ausgegangen. In den Planjahren 2009 - 2012 rechnen wir vorsichtig mit einem jährlichen realen Wirtschaftswachstum von 1%.

Teuerung

In den Planjahren ist keine zusätzliche Teuerung berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlags 2008 in alle Planjahre fortgeschrieben. Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen 2007.

Steuerertrag

Die Auswirkungen der am 1.1.2008 in Kraft getretenen zwei Änderungen des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern sind im Voranschlag 2008 und den Finanzplanjahren 2009 – 2012 berücksichtigt. Aufgrund der Milderung der Einkommens-, Vermögens- und Kapitalsteuertarife sowie der Senkung des Staatssteuerfusses von 108 Prozent auf 105 Prozent ergibt sich im Jahr 2008 ein Minderertrag von rund 32 Mio. Franken. Die Erhöhung der Versicherungsprämienabzüge und die Einführung eines allgemeinen Abzuges für Kinderbetreuungskosten werden erst im Jahr 2009, wenn die erhöhten Abzüge im Veranlagungsverfahren berücksichtigt werden können, budgetwirksam. Es ist mit einem Minderertrag von 15 Mio. Franken (Total Mindererträge aus der StG-Revision: 47 Mio. Fr.) zu rechnen. Teil 2 der Steuergesetzrevision (Steuerentlastungen bei der Vermögens- und Gewinnsteuern) wird frühestens 2012 in Kraft gesetzt, und zwar nur dann, wenn die Staatsrechnung in der Bilanz ein Eigenkapital ausweist.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für die allgemeine Staatssteuer bis 2007 mit 108% und ab 2008 mit 105% eingesetzt.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2008 - 2012 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist.

Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einem beträchtlichen Masse beeinflussen können (allfällige weitere Entlastungsprogramme des Bundes, Aufgabenüberprüfung, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 25. März 2008. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsberichts 2007 (RRB Nr. 2008/472 vom 18. März 2008) und des Voranschlags 2008 (KRB Nr. 135/2007 vom 12. Dezember 2007).

Legislaturplan:

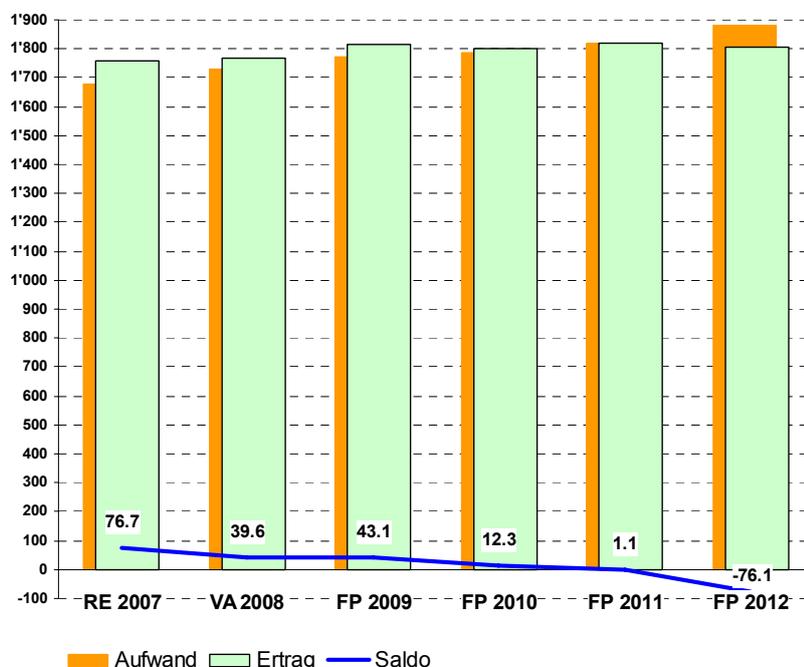
Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2005 - 2009 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2005 verabschiedeten Legislaturplan, ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat in der Sitzung vom 31.10.2005 teilweise zugestimmt hat.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Bereichen aufgelistet und werden hier nicht weiter erläutert.

Das Planjahr 2009 schliesst in der Erfolgsrechnung mit positiven 43.1 Mio. Fr. ab. Die weiteren

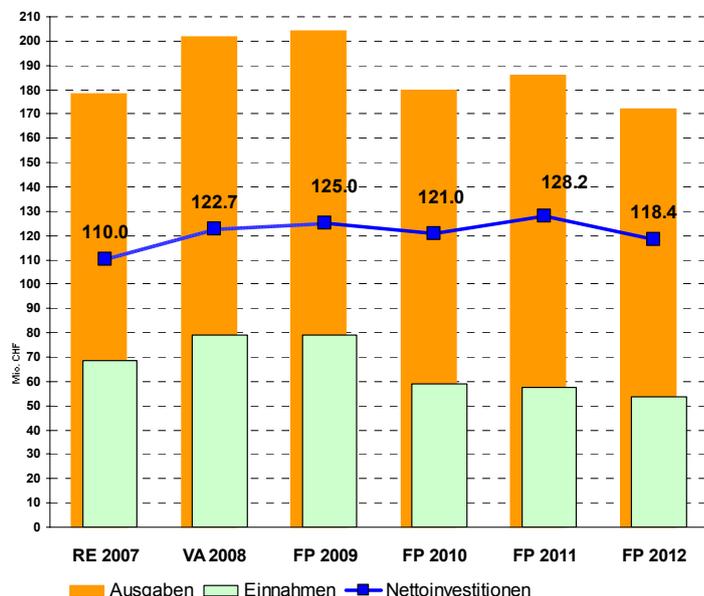


Planjahre weisen eine stetige Verschlechterung mit noch einem knapp positiven Jahr 2011 und folgend ein Minus von 76,1 Mio. Franken im Jahr 2012 aus.

In den Finanzplanjahren ist die **Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** mit verifizierten Zahlen vom Jahr 2008 vom Bund in allen Planjahren gleich enthalten. Der Ressourcenausgleichsbeitrag vom Bund kann jedoch schwanken, weil dieser jährlich neu berechnet wird. Aufgrund der **Steuergesetzrevision** und der Senkung des Staatssteuerfusses auf 105%, werden für das Jahr 2009 rund 47,0 Mio. Franken weniger Steuerertrag erwartet.

Kostensteigerungen sind vor allem im Bereich der Bildung (Bildungsprojekte Harmos, Projekte Amt für Volksschule und Kindergarten, Schulgelder) und Gesundheit (Gesundheitskosten, Spitalsteuerung) zu verzeichnen. Die vom Bund beschlossene **KVG-Revision** wurde im Jahr 2012 mit zusätzlich **60 Mio. Franken** veranschlagt.

Die erfreulichen Rechnungsergebnisse, welche hauptsächlich auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 2010 aufgrund der Wirkung der Steuergesetzrevision, von verschiedenen Kostensteigerungen, der exogen bestimmten KVG-Revision, der im Zuge der Krise an den Finanzmärkten nach unten revidierten Wirtschaftsprognosen und dem Schwankungsrisiko des Finanzausgleichs mit einer Korrektur der sehr guten finanziellen Entwicklung der letzten Jahre zu rechnen ist.



Die Investitionsrechnung ist geprägt von den **Gesamtverkehrsprojekten in Solothurn und in Olten**. Darin enthalten sind vor allem die Landerwerbe in und die Verkehrsbauten in Solothurn. Die Erhöhung im 2011 ist auf die Bauprojekte in Olten und die Mehrausgaben zur Substanzerhaltung der Strassen zurückzuführen. Nach Abschluss der Grossprojekte reduzieren sich die Ausgaben der Investitionsrechnung voraussichtlich ab 2011.

2.2. Ergebnisse

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
in Mio. Fr						
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'771.3	1'786.8	1'819.3	1'882.1
Total Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'814.4	-1'799.1	-1'820.4	-1'806.0
Ertragsüberschuss (-)	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1
Aufwandüberschuss (+)						
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	178.6	202.0	204.1	179.8	185.9	172.0
Total Einnahmen	-68.6	-79.3	-79.1	-58.9	-57.7	-53.6
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	125.0	120.9	128.2	118.4
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	125.0	120.9	128.2	118.4
- Abschreibung Verwaltungsvermögen	-34.9	-38.2	-39.3	-40.3	-41.3	-41.3
- Abschreibung Spezialfinanzierungen	-64.2	-58.8	-56.7	-43.4	-50.5	-30.2
- Zusätzliche Abschreibung Verwaltungsvermögen	-69.1					
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1
Finanzierungsüberschuss (-)	-134.9	-13.9	-14.1	24.9	35.3	123.0
Finanzierungsfehlbetrag (+)						
4. Eigenkapital						
Stand Eigenkapital/Verlustvortrag per 01.01.	81.7	158.4	198.0	241.1	253.4	254.5
Eigenkapital Zunahme (+), Abnahme (-)	76.7	39.6	43.1	12.3	1.1	-76.1
Eigenkapital per 31.12.	158.4	198.0	241.1	253.4	254.5	178.4
5. Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	265	252	238	262	298	421
	1'049	994	939	1'037	1'177	1'663
6. Selbstfinanzierungsgrad						
(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	223%	111%	111%	79%	72%	-4%
7. Eigenfinanzierungsgrad						
(Eigenkapital in % der Bilanzsumme)	9.7%	13.7%	15.1%	14.0%	14.1%	9.2%

* Die Zahlen im VA 08 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2007 aktualisiert.

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departemente in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total alle Departemente						
Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'771.3	1'786.8	1'819.3	1'882.1
Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'814.4	-1'799.1	-1'820.4	-1'806.0
Saldo 1	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	15.9	17.6	16.7	16.6	16.6	16.5
Ertrag	-3.4	-4.0	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
Saldo 1	12.5	13.6	13.2	13.1	13.1	13.1
Verrechnungen	-8.5	-7.7	-7.5	-7.5	-7.4	-7.4
Saldo 2	4.0	5.9	5.7	5.7	5.6	5.6
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	209.3	227.2	227.3	216.8	227.3	216.4
Ertrag	-134.5	-120.0	-113.6	-100.8	-109.1	-97.3
Saldo 1	74.8	107.2	113.7	116.0	118.2	119.1
Verrechnungen	-75.0	-83.1	-85.0	-86.1	-86.0	-86.0
Saldo 2	-0.3	24.0	28.7	29.9	32.2	33.1
3. Departement für Bildung und Kultur						
Aufwand	363.0	444.0	460.8	472.0	478.1	483.7
Ertrag	-40.8	-51.0	-49.6	-49.1	-48.8	-48.8
Saldo 1	322.2	393.0	411.2	422.9	429.4	435.0
Verrechnungen	23.0	25.9	25.9	25.9	25.9	25.9
Saldo 2	345.2	418.9	437.1	448.8	455.3	460.9
4. Finanzdepartement						
Aufwand	231.2	159.1	159.6	160.8	162.4	162.4
Ertrag	-1'183.4	-1'198.1	-1'247.2	-1'241.6	-1'252.7	-1'252.7
Saldo 1	-952.2	-1'039.0	-1'087.6	-1'080.8	-1'090.3	-1'090.3
Verrechnungen	-1.1	-4.8	-0.3	-1.3	-1.4	-1.4
Saldo 2	-953.3	-1'043.8	-1'087.9	-1'082.1	-1'091.6	-1'091.6
5. Departement des Innern						
Aufwand	675.0	701.3	716.2	730.4	744.4	815.3
Ertrag	-272.4	-281.2	-281.4	-284.5	-286.5	-286.5
Saldo 1	402.6	420.2	434.8	445.9	457.9	528.8
Verrechnungen	67.9	70.3	71.6	72.7	72.7	72.7
Saldo 2	470.5	490.5	506.4	518.6	530.7	601.5
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	165.8	159.4	169.4	168.7	169.0	166.3
Ertrag	-117.6	-110.4	-114.2	-114.6	-114.8	-112.2
Saldo 1	48.2	49.0	55.2	54.1	54.1	54.1
Verrechnungen	-8.8	-3.5	-7.7	-6.8	-6.8	-6.8
Saldo 2	39.4	45.5	47.4	47.3	47.3	47.3
7. Gerichte						
Aufwand	20.3	21.3	21.3	21.3	21.3	21.3
Ertrag	-5.1	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo 1	15.2	16.4	16.4	16.4	16.4	16.4
Verrechnungen	2.5	2.9	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo 2	17.7	19.4	19.4	19.4	19.4	19.4

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departemente in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total alle Departemente						
Ausgaben ¹	178.6	202.0	204.1	179.8	185.9	172.0
Einnahmen	-68.6	-79.3	-79.1	-58.9	-57.7	-53.6
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	125.0	121.0	128.2	118.4
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	163.6	179.0	180.1	158.8	165.1	151.3
Einnahmen	-63.3	-69.9	-73.4	-53.2	-52.0	-47.9
Nettoinvestitionen	100.3	109.1	106.7	105.7	113.1	103.4
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.0	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.4	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
5. Departement des Innern						
Ausgaben	8.2	12.0	5.3	2.3	2.1	2.0
Einnahmen	-0.6	-3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.6	8.9	5.3	2.3	2.1	2.0
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	6.2	8.3	7.8	7.7	7.7	7.7
Einnahmen	-2.8	-4.8	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Nettoinvestitionen	3.4	3.5	3.6	3.5	3.5	3.5
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

¹ Im Total der Ausgaben sind die Auflösungen der GB-Reserven in der RE07 von 10.0 Mio.Fr. für den Strassenbau und im VA08 8.3 Mio.Franken für den Hochbau eingerechnet.

2.2.3. Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	84.6	88.3	92.1	93.2	93.7	93.7
Ertrag	-22.2	-22.7	-22.2	-22.3	-22.4	-22.4
Verrechnung	19.5	24.6	25.8	25.8	25.8	25.8
Saldo	81.9	90.2	95.7	96.7	97.1	97.2
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	175.7	201.4	204.8	204.9	205.9	206.0
Ertrag	-113.9	-111.1	-111.3	-110.5	-110.5	-110.5
Verrechnung	-4.1	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
Saldo	57.7	88.3	91.7	92.6	93.6	93.6
2 Bildung						
Aufwand	360.0	441.1	456.6	467.8	473.9	479.5
Ertrag	-43.0	-53.5	-51.9	-51.5	-51.2	-51.2
Verrechnung	2.9	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	319.9	390.7	407.8	419.4	425.8	431.4
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	11.0	12.4	13.8	13.8	13.9	13.9
Ertrag	-3.4	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
Verrechnung	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	8.6	9.6	11.0	11.0	11.1	11.1
4 Gesundheit						
Aufwand	248.2	267.9	274.2	280.2	287.2	353.2
Ertrag	-3.5	-2.3	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Verrechnung	1.1	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	245.8	266.6	273.5	279.5	286.5	352.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	316.0	305.9	308.2	315.1	322.1	326.8
Ertrag	-147.2	-156.4	-157.0	-159.0	-161.0	-161.0
Verrechnung	3.1	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	171.8	151.3	153.2	158.1	163.0	167.8
6 Verkehr						
Aufwand	133.4	142.0	137.9	126.1	134.5	115.8
Ertrag	-24.2	-25.9	-17.4	-18.2	-18.2	-18.8
Verrechnung	-62.8	-69.2	-71.7	-72.7	-72.7	-72.7
Saldo	46.4	46.9	48.9	35.2	43.6	24.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	42.4	46.8	45.6	47.1	47.3	47.3
Ertrag	-41.5	-38.9	-38.7	-35.4	-35.5	-35.5
Verrechnung	3.0	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3
Saldo	3.8	11.2	10.2	15.0	15.0	15.1
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	93.0	89.5	95.2	95.5	95.8	93.2
Ertrag	-83.1	-76.8	-81.0	-81.4	-81.6	-79.0
Verrechnung	1.5	1.4	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo	11.4	14.2	16.0	15.9	15.9	15.9
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	216.2	134.8	142.8	142.9	144.9	152.6
Ertrag	-1'275.0	-1'278.4	-1'329.5	-1'315.4	-1'334.6	-1'322.1
Verrechnung	34.8	35.0	35.7	36.8	36.7	36.7
Saldo	-1'024.0	-1'108.6	-1'151.0	-1'135.8	-1'152.9	-1'132.8
Gesamttotal						
Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'771.3	1'786.8	1'819.3	1'882.1
Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'814.4	-1'799.1	-1'820.4	-1'806.0
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	15.9	16.2	15.5	25.0	27.5	23.5
Einnahmen	-0.7	-0.1	-0.1	-4.5	-5.5	-5.1
Saldo	15.2	16.1	15.4	20.5	22.0	18.4
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	10.7	15.1	8.4	5.4	5.2	5.1
Einnahmen	-3.9	-4.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Saldo	6.8	10.5	6.9	3.9	3.7	3.6
2 Bildung						
Ausgaben	12.2	13.3	20.9	27.2	31.6	39.9
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-7.2	-11.6	-13.6
Saldo	10.5	11.8	19.4	20.0	20.0	26.3
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	23.6	30.4	31.9	27.2	25.7	23.0
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	23.3	30.4	31.9	27.2	25.7	23.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	116.9	123.7	116.7	83.2	83.8	68.1
Einnahmen	-55.3	-64.4	-69.1	-38.9	-32.4	-26.9
Saldo	61.6	59.3	47.6	44.3	51.4	41.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	3.1	3.4	3.0	4.2	4.4	4.7
Einnahmen	-3.9	-3.9	-2.7	-2.6	-2.5	-2.3
Saldo	-0.8	-0.5	0.3	1.6	1.9	2.4
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	5.1	7.9	7.5	7.5	7.5	7.5
Einnahmen	-2.8	-4.8	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Saldo	2.3	3.1	3.3	3.3	3.3	3.3
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	-8.8	-7.9	0.3	0.2	0.2	0.2
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-8.8	-7.9	0.3	0.2	0.2	0.2
Gesamttotal						
Ausgaben	178.6	202.0	204.1	179.8	185.9	172.0
Einnahmen	-68.6	-79.3	-79.1	-58.9	-57.7	-53.6
Saldo	110.0	122.7	125.0	121.0	128.2	118.4

2.2.5. Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
3 Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'771.3	1'786.8	1'819.3	1'882.1
30 Personalaufwand	364.3	392.5	394.4	397.5	397.8	397.6
300 Behörden, Kommissionen und Richter	6.4	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1
301 Bes. Verwaltungs- und Betriebspersonal	225.7	241.1	241.5	243.1	242.7	242.5
302 Löhne der Lehrkräfte	66.3	71.4	73.2	73.9	74.4	74.4
303 Sozialversicherungsbeiträge	21.8	23.6	23.5	23.5	23.5	23.5
304 Personalversicherungsbeiträge	35.1	40.8	41.1	41.5	41.9	41.9
305 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
306 Dienstkl., Wohnungs- und Verpflegungzul.	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
307 Rentenleistungen	5.0	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
308 Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte	0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1
309 Übriger Personalaufwand	2.8	3.6	3.2	3.5	3.4	3.4
31 Sachaufwand	129.8	144.5	147.3	149.9	152.9	154.3
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12.4	13.6	13.2	13.4	13.7	13.7
311 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	9.6	8.9	9.8	9.9	9.4	9.3
312 Wasser, Energie und Heizmaterialien	4.9	5.1	4.5	4.7	4.8	5.0
313 Verbrauchsmaterialien	7.7	7.2	6.4	6.4	6.4	6.4
314 Baulicher Unterhalt durch Dritte	22.4	21.5	23.9	23.7	24.8	25.5
315 Übriger Unterhalt durch Dritte	7.3	9.1	8.9	9.1	9.4	9.4
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13.1	15.2	16.5	17.9	18.8	19.5
317 Spesenentschädigungen	4.2	4.2	4.1	4.1	4.1	4.1
318 Dienstleistungen und Honorare	39.9	53.1	53.0	53.6	54.2	54.1
319 Übriger Sachaufwand	8.1	6.7	7.0	7.0	7.2	7.2
32 Passivzinsen	36.9	35.7	31.2	31.2	31.2	31.2
321 Kurzfristige Schulden	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
322 Mittel- und langfristige Schulden	30.9	28.7	23.3	23.3	23.3	23.3
323 Sonderrechnungen	2.5	3.0	3.8	3.8	3.8	3.8
329 Übrige Zinsen	3.4	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9
33 Abschreibungen	183.6	106.0	109.1	96.7	104.8	84.5
330 Finanzvermögen	15.4	13.1	13.1	13.1	13.1	13.1
331 Abschreibung Verwaltungsvermögen	34.9	38.2	39.3	40.3	41.3	41.3
332 Verwaltungsvermögen, zusätzl. Abschr.	69.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
334 Abschreibung Spezialfinanzierungen	64.2	58.8	56.7	43.4	50.5	30.2
335 Rückstellungen	0.0	-4.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	12.7	11.7	9.4	9.4	9.4	9.4
341 Beiträge an Gemeinden	12.7	11.7	9.4	9.4	9.4	9.4
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	71.4	88.5	89.2	91.7	93.7	93.7
350 Bund	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
351 Kantone	63.7	71.9	72.2	74.7	76.7	76.7
352 Gemeinden	7.5	16.5	16.9	17.0	17.0	17.0
36 Eigene Beiträge	790.4	863.9	893.9	916.3	935.5	1'013.4
360 Beiträge an Bund	94.0	4.2	4.8	4.8	4.9	8.6
361 Beiträge an Kantone	5.8	7.0	14.5	14.7	14.0	13.2
362 Beiträge an Gemeinden	138.9	162.6	163.5	169.5	173.8	180.6
363 Beiträge an eigene Anstalten	245.0	244.1	255.6	258.6	262.4	264.4
364 Beiträge an gemischtwirtsch. Unternehm.	98.9	204.0	207.6	214.0	219.5	285.6
365 Beiträge an private Institutionen	11.3	10.8	10.8	10.9	11.0	11.1
366 Beiträge an private Haushalte	196.5	231.2	237.2	243.8	249.9	249.9
37 Durchlaufende Beiträge	75.8	83.3	86.0	86.0	86.0	83.4
370 Durchlaufende Beiträge an Bund	3.6	13.7	13.8	13.8	13.8	13.8
372 Durchlaufende Beiträge an Gemeinden	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
376 Durchl. Beiträge an priv. Haushalte	71.7	69.1	71.7	71.7	71.7	69.1
38 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	15.5	4.0	10.9	8.0	8.0	14.5
380 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	15.5	4.0	10.9	8.0	8.0	14.5

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
4 Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'814.4	-1'799.1	-1'820.4	-1'806.0
40 Steuern	-939.5	-828.7	-879.9	-875.1	-885.1	-885.1
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	-591.1	-564.7	-555.7	-560.7	-570.7	-570.7
401 Ertrags- und Kapitalsteuern	-197.7	-138.0	-185.1	-174.2	-174.2	-174.2
403 Vermögensgewinnsteuern	-25.7	-15.3	-16.3	-16.3	-16.3	-16.3
404 Vermögensverkehrssteuern	-40.9	-28.5	-35.5	-35.5	-35.5	-35.5
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	-21.3	-18.4	-22.4	-22.4	-22.4	-22.4
406 Besitz- und Aufwandsteuern	-62.9	-63.8	-64.9	-66.0	-66.0	-66.0
41 Regalien und Konzessionen	-9.3	-9.1	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
410 Regalien und Konzessionen	-9.3	-9.1	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
42 Vermögenserträge	-70.6	-64.6	-61.3	-63.0	-63.2	-64.0
420 Banken	-1.2	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
421 Guthaben	-9.1	-7.6	-7.6	-7.6	-7.6	-7.6
422 Anlagen des Finanzvermögens	-5.1	-4.5	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	-2.6	-2.9	-2.5	-2.1	-2.0	-1.9
424 Buchgew. auf Anlagen des Finanzvermögen	-5.3	-1.0	-1.0	-1.6	-0.8	-1.1
426 Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	-8.4	-11.4	-11.4	-11.4	-11.4	-11.4
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsver.	-38.7	-36.5	-35.4	-37.0	-38.0	-38.6
428 Buchgewinne auf dem Verwaltungsvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
429 übrige	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-153.4	-147.4	-146.1	-141.9	-141.8	-141.9
431 Gebühren für Amtshandlungen	-67.7	-67.7	-68.4	-67.6	-67.6	-67.6
432 Spital- und Heimtaxen	-12.1	-11.5	-11.0	-11.0	-11.0	-11.0
433 Schulgelder	-3.2	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
434 Andere Benützungsgebühren, Dienstl.	-20.9	-17.8	-17.2	-13.6	-13.5	-13.5
435 Verkäufe	-9.4	-7.4	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
436 Rückerstattungen	-8.2	-9.7	-9.7	-9.9	-9.9	-9.9
437 Bussen	-26.3	-25.2	-25.1	-25.1	-25.1	-25.1
438 Eigenleistungen für Investitionen	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
439 Übrige	-3.3	-2.4	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	-230.7	-357.4	-358.2	-359.2	-360.1	-360.1
440 Anteile an Bundeseinnahmen	-230.7	-357.4	-358.2	-359.2	-360.1	-360.1
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	-20.3	-19.9	-18.4	-18.1	-17.7	-17.7
450 Bund	-3.4	-4.4	-3.9	-3.9	-3.9	-3.9
451 Kantone	-11.8	-12.7	-11.8	-11.4	-11.1	-11.1
452 Gemeinden	-5.1	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-228.2	-235.7	-232.3	-235.8	-238.4	-239.0
460 Beiträge von Bund	-147.7	-135.8	-132.0	-134.6	-137.1	-137.1
461 Beiträge von Kantonen	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
462 Beiträge von Gemeinden	-73.4	-94.5	-95.5	-96.3	-96.4	-97.1
463 Beiträge von eigenen Anstalten	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
469 Beiträge von Übrigen	-6.5	-5.1	-4.5	-4.5	-4.5	-4.5
47 Durchlaufende Beiträge	-75.8	-83.3	-86.0	-86.0	-86.0	-83.4
470 Durchlaufende Beiträge von Bund	-75.4	-82.8	-85.5	-85.5	-85.5	-82.9
472 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-29.3	-23.7	-23.5	-11.4	-19.4	-6.1
480 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-29.3	-23.7	-23.5	-11.4	-19.4	-6.1
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'771.3	1'786.8	1'819.3	1'882.1
4 Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'814.4	-1'799.1	-1'820.4	-1'806.0
Saldo	-76.7	-39.6	-43.1	-12.3	-1.1	76.1

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
5 Ausgaben	178.6	202.0	204.1	179.8	185.9	172.0
50 Sachgüter	176.0	190.2	184.4	160.0	166.3	152.4
501 Tiefbauten	117.5	120.2	112.8	79.7	80.4	64.7
503 Hochbauten	41.2	48.8	57.2	68.3	73.7	75.3
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	17.3	21.1	14.4	12.0	12.2	12.4
52 Darlehen und Beteiligungen	2.4	5.8	6.3	6.3	6.3	6.3
524 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
525 Private Institutionen	0.9	4.0	4.5	4.5	4.5	4.5
526 Private Haushalte	1.4	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
56 Eigene Beiträge	6.4	7.6	7.7	8.0	8.0	8.0
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden	1.9	1.4	1.3	1.6	1.6	1.6
564 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	3.0	3.9	4.0	4.0	4.0	4.0
565 Private Institutionen	1.0	1.7	1.6	1.6	1.6	1.6
566 Private Haushalte	0.5	0.6	0.8	0.8	0.8	0.8
57 Durchlaufende Beiträge	3.8	6.7	5.7	5.5	5.3	5.3
572 Gemeinden	1.5	2.0	1.5	1.3	1.1	1.1
574 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	2.3	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
575 Private Institutionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
576 Private Haushalte	0.1	2.0	1.5	1.5	1.5	1.5
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	-10.0	-8.3	0.0	0.0	0.0	0.0
580 Materielle Enteignungen	-10.0	-8.3	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen	-68.6	-79.3	-79.1	-58.9	-57.7	-53.6
60 Abgang von Sachgütern	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
62 Rückz. von Darlehen und Beteiligungen	-5.1	-4.8	-4.0	-4.0	-4.0	-3.7
624 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
625 Private Institutionen	-3.4	-3.2	-2.4	-2.4	-2.4	-2.1
626 Private Haushalte	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
66 Beiträge für eigene Rechnung	-59.4	-67.9	-69.4	-49.4	-48.5	-44.6
660 Bund	-42.0	-42.2	-51.7	-30.2	-28.0	-26.3
661 Kantone	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
662 Gemeinden	-15.9	-23.5	-17.6	-19.0	-20.2	-17.9
669 Übrige	-1.1	-0.3	-0.1	-0.2	-0.3	-0.4
67 Durchlaufende Beiträge	-3.8	-6.7	-5.7	-5.5	-5.3	-5.3
670 Bund	-3.8	-6.7	-5.7	-5.5	-5.3	-5.3
Gesamttotal						
5 Ausgaben	178.6	202.0	204.1	179.8	185.9	172.0
6 Einnahmen	-68.6	-79.3	-79.1	-58.9	-57.7	-53.6
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	125.0	121.0	128.2	118.4

2.3. Finanzkennzahlen

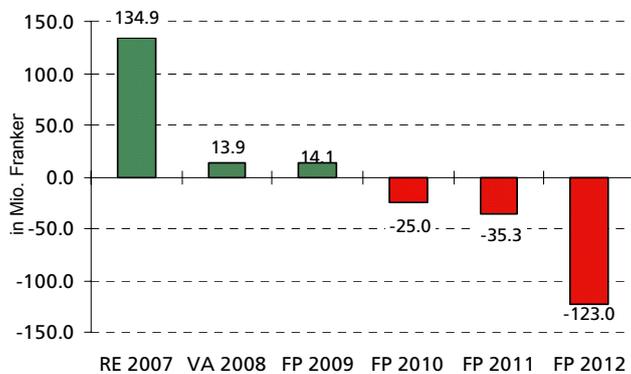
in Mio. Fr. bzw. %	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Cash Flow	244.9	136.6	139.1	96.0	92.9	-4.6
Abschreibungen auf Investitionen	-99.1	-97.0	-96.0	-83.7	-91.8	-71.5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	145.8	39.6	43.1	12.3	1.1	-76.1
Zusätzliche Abschreibungen VV	-69.1					
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	76.7	39.6	43.1	12.3	1.1	-76.1
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	125.0	121.0	128.2	118.4
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	134.9	13.9	14.1	-25.0	-35.3	-123.0
Selbstfinanzierungsgrad	223%	111%	111%	79%	72%	-4%
Nettoverschuldung ¹	265.6	251.7	237.6	262.6	297.9	420.9
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	1'050	990	931	1'025	1'158	1'636
Bilanzfehlbetrag (+)* / Eigenkapital (-)	-158.4	-198.0	-241.1	-253.4	-254.5	-178.4
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	253.0	254.2	255.2	256.2	257.2	257.2

¹ Zahlen im Voranschlag 2008 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2007 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag

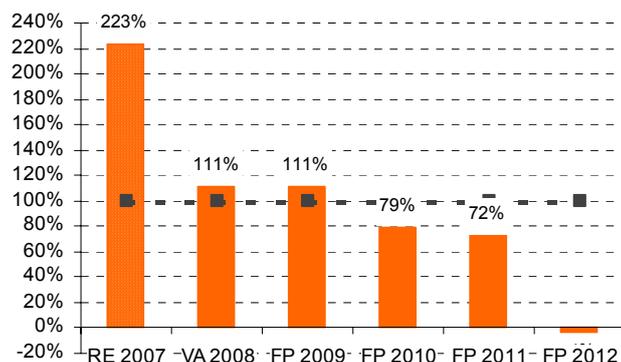
(in Mio. Franken)



Im ersten Planjahr 2009 besteht noch ein geringer Finanzierungsüberschuss, welcher in den weiteren Planjahren ab 2010 zu einem Finanzierungsfehlbetrag führt und zunehmend sinkt.

Selbstfinanzierungsgrad

Vorgabe FIKO; >100%

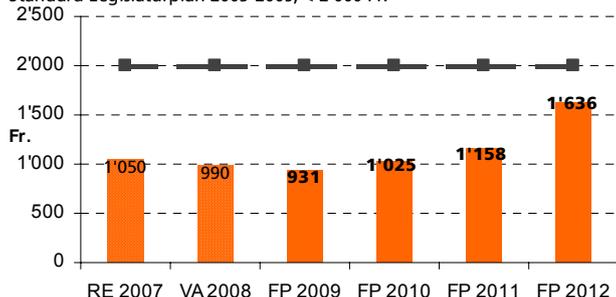


Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen.

Der Planungsbeschluss des Kantonsrates kann bereits ab dem Planjahr 2010, ohne konkrete Massnahmen im Rahmen des Budgetprozesses nicht mehr erfüllt werden.

Nettoverschuldung pro Einwohner

Standard Legislaturplan 2005-2009; < 2'000 Fr.



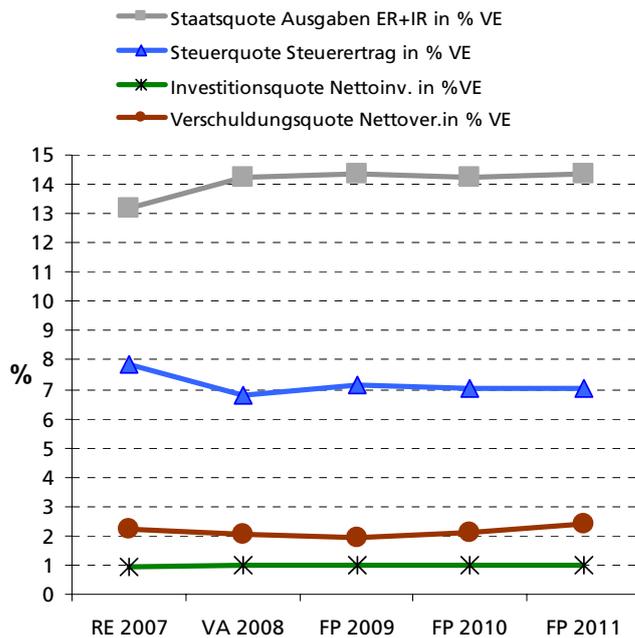
Die Nettoverschuldung würde trotz der schlechten Ergebnisse in den Planjahren 2011 und 2012 die im Legislaturplan angestrebte Zielgrösse unter 2'000 Franken pro Einwohner nicht überschreiten.

Kennzahlen in % des Volkseinkommens (VE)

in Mio. Fr. bzw. %	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	1.6%	1.6%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%
Volkseinkommen VE	11'984	12'175	12'297	12'420	12'544	12'670
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	13.2	14.2	14.3	14.3	14.4	14.7
Steuerertrag (inkl.MfZ-Steuer)	939.5	828.7	879.9	875.1	885.1	885.1
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.8	6.8	7.2	7.0	7.1	7.0
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	110.0	122.7	125.0	121.0	128.2	118.4
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	0.9
Nettoverschuldung	265.6	251.7	237.6	262.6	297.9	420.9
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	2.2	2.1	1.9	2.1	2.4	3.3

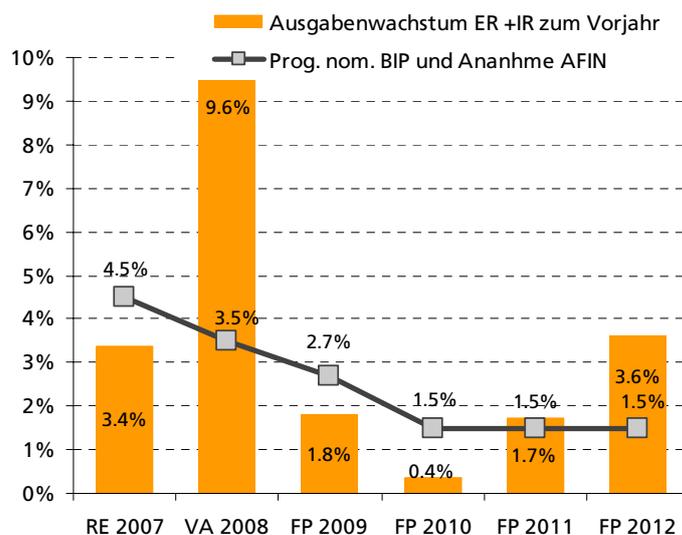
⁴ Basis provisorische Zahlen 2006 vom Bundesamt für Statistik.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



In den Finanzplanjahren verändern sich die Kennzahlen ausser der Verschuldungsquote nur wenig. Die Verschuldungsquote steigt von 1,9% im Finanzplanjahr 2009 bis auf 3,3% im Jahr 2012.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Das SECO geht von einem realen BIP 2008 von 1.9% und einem Landesindex der Konsumentenpreise von 1.6% aus, was etwa einem nominellen BIP von 3.5% entspricht. Die Daten für 2009 sind vom SECO. Ab 2010 nehmen wir ein eher konservatives nominelles BIP von 1.5% an. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Die ersten zwei Planjahre 2009 und 2010 würden diesen Grundsatz erfüllen.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2008 - 2011

2.4.1. Erfolgsrechnung

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2009	Diff.	FP 2010	FP 2010	Diff.	
Total alle Departemente									
Aufwand	1'680.4	1'730.2	1'742.9	1'771.3	28.5	1'793.0	1'786.8	-6.3	
Ertrag	-1'757.1	-1'769.8	-1'744.2	-1'814.4	-70.2	-1'763.2	-1'799.1	-35.9	
Saldo	-76.7	-39.6	-1.3	-43.1	-41.8	29.9	-12.3	-42.2	

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr 2009“ zu „FP 2009 und 2010“ ist zu beachten, dass in den Vorjahren keine Teuerung eingerechnet ist. Im aktuellen „FP 2009“ ist nur die Teuerung von 2% vom Jahr 2008 aufgerechnet. Die Lohnmassnahmen werden von den Sozialpartnern alljährlich ausgehandelt.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2009	Diff.	FP 2010	FP 2010	Diff.	
1. Behörden und Staatskanzlei									
Aufwand	15.9	17.6	16.6	16.7	0.1	16.4	16.6	0.2	
Ertrag	-3.4	-4.0	-3.5	-3.5	0.0	-3.5	-3.5	0.0	
Saldo 1	12.5	13.6	13.1	13.2	0.1	12.9	13.1	0.2	
Verrechnungen	-8.5	-7.7	-7.5	-7.5	0.0	-7.5	-7.5	0.0	
Saldo 2	4.0	5.9	5.6	5.7	0.1	5.4	5.7	0.2	

Für den Bereich Behörden/Staatskanzlei gibt es keine relevanten Abweichungen, welche zu begründen wären.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2009	Diff.	FP 2010	FP 2010	Diff.	
2. Bau- und Justizdepartement									
Aufwand	209.3	227.2	205.8	227.3	21.4	217.4	216.8	-0.6	
Ertrag	-134.5	-120.0	-97.7	-113.6	-15.9	-108.8	-100.8	8.0	
Saldo 1	74.8	107.2	108.1	113.7	5.6	108.6	116.0	7.4	
Verrechnungen	-75.0	-83.1	-84.9	-85.0	0.0	-86.0	-86.1	0.0	
Saldo 2	-0.3	24.0	23.2	28.7	5.5	22.6	29.9	7.3	

Die Veränderungen des Aufwandes im 2009 sind bedingt durch den höheren Finanzbedarf in der Investitionsrechnung von 19.5 Mio.Fr., welcher sich direkt auf die Abschreibungen in der Erfolgsrechnung auswirkt (Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben). Die Verschlechterung des Nettoaufwandes ist eine Folge der Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Die tieferen Gemeindebeiträge von 2.4 Mio.Fr. an die Leistungen des öffentlichen Verkehrs (Kompensation Mittelschulgesetz) führen zu einem höheren Saldo.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2009	Diff.	FP 2010	FP 2010	Diff.	
3. Departement für Bildung und Kultur									
Aufwand	363.0	444.0	462.0	460.8	-1.3	486.6	472.0	-14.6	
Ertrag	-40.8	-51.0	-50.1	-49.6	0.6	-50.1	-49.1	1.0	
Saldo 1	322.2	393.0	411.9	411.2	-0.7	436.5	422.9	-13.6	
Verrechnungen	23.0	25.9	25.9	25.9	0.0	25.9	25.9	0.0	
Saldo 2	345.2	418.9	437.8	437.1	-0.7	462.4	448.8	-13.6	

Der Minderaufwand von 13.6 Mio. Franken zwischen dem Finanzplan 2010 Stand August 2007 und Stand Februar 2008, ist insbesondere auf Folgendes zurückzuführen: Schulgelder Universität - 1.1 Mio.Fr., Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne Volksschule - 3.4 Mio.Fr., Projekte AVK - 8.9 Mio.Fr. Die Werte wurden aufgrund der Rechnung 2007 und des heute bekannten Projektfortschritts aktualisiert. Die nationalen und interkantonalen Projekte HarmoS, Bildungsraum Nordwestschweiz usw. schreiten langsamer voran, als im August 2007 angenommen wurde.

	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
4. Finanzdepartement								
Aufwand	231.2	159.1	159.2	159.6	0.4	160.4	160.8	0.4
Ertrag	-1'183.4	-1'198.1	-1'196.6	-1'247.2	-50.5	-1'202.0	-1'241.6	-39.6
Saldo 1	-952.2	-1'039.0	-1'037.5	-1'087.6	-50.1	-1'041.6	-1'080.8	-39.2
Verrechnungen	-1.1	-4.8	-3.2	-0.3	2.9	-3.2	-1.3	1.9
Saldo 2	-953.3	-1'043.8	-1'040.7	-1'087.9	-47.3	-1'044.8	-1'082.1	-37.3

Veränderungen zum Vorjahr entstanden vor allem ertragsseitig durch aktuellere und genauere Grundlagen für die Planung der Auswirkungen des NFA, der Steuergesetzrevision, der Wirtschaftsentwicklung und der Vermögenserträge (Zinsen und Dividenden).

	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
5. Departement des Innern								
Aufwand	675.0	701.3	716.0	716.2	0.2	729.1	730.4	1.3
Ertrag	-272.4	-281.2	-281.2	-281.4	-0.2	-283.8	-284.5	-0.7
Saldo 1	402.6	420.2	434.8	434.8	0.0	445.3	445.9	0.6
Verrechnungen	67.9	70.3	71.6	71.6	0.0	72.7	72.7	0.0
Saldo 2	470.5	490.5	506.5	506.4	0.0	518.0	518.6	0.6

Keine nennenswerten Veränderungen.

	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
6. Volkswirtschaftsdepartement								
Aufwand	165.8	159.4	161.7	169.4	7.6	161.6	168.7	7.1
Ertrag	-117.6	-110.4	-110.0	-114.2	-4.2	-109.9	-114.6	-4.7
Saldo 1	48.2	49.0	51.7	55.2	3.4	51.7	54.1	2.4
Verrechnungen	-8.8	-3.5	-4.8	-7.7	-2.9	-4.9	-6.8	-1.9
Saldo 2	39.4	45.5	46.9	47.4	0.6	46.9	47.3	0.5

Keine nennenswerten Veränderungen.

	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
7. Gerichte								
Aufwand	20.3	21.3	21.3	21.3	0.0	21.3	21.3	0.0
Ertrag	-5.1	-4.9	-4.9	-4.9	0.0	-4.9	-4.9	0.0
Saldo 1	15.2	16.4	16.4	16.4	0.0	16.4	16.4	0.0
Verrechnungen	2.5	2.9	2.9	2.9	0.0	2.9	2.9	0.0
Saldo 2	17.7	19.4	19.4	19.4	0.0	19.4	19.4	0.0

Keine nennenswerten Veränderungen.

2.4.2. Investitionsrechnung	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
Total alle Departemente								
Ausgaben	178.6	202.0	194.2	204.1	9.9	197.0	179.8	-17.2
Einnahmen	-68.6	-79.3	-81.0	-79.1	1.9	-71.5	-58.9	12.6
Nettoinvestitionen	110.0	122.7	113.1	125.0	11.9	125.5	121.0	-4.6

Die Veränderungen der Investitionsrechnung sind deutlich geringer als in der Erfolgsrechnung. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung und werden somit nicht aufgelistet.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
Ausgaben	163.6	179.0	169.6	180.1	10.5	175.3	158.8	-16.5
Einnahmen	-63.3	-69.9	-74.5	-73.4	1.1	-64.9	-53.2	11.8
Nettoinvestitionen	100.3	109.1	95.1	106.7	11.6	110.4	105.7	-4.7

Verschiebungen bei der Finanzbedarfsplanung sowie beim Zahlungsplan des Bundes an die Entlastung Region Olten führen zu einer stärkeren Belastung der Investitionsrechnung in den Jahren 2009 und 2011.

3. Departement für Bildung und Kultur	RE 2007	VA 2008	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2009	FP 2009		FP 2010	FP 2010	
Ausgaben	2.0	2.4	2.4	2.4	0.0	2.4	2.4	0.0
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0
Nettoinvestitionen	0.4	0.9	0.9	0.9	0.0	0.9	0.9	0.0
4. Finanzdepartement								
Ausgaben	8.6	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	8.4	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0
5. Departement des Innern								
Ausgaben	8.2	12.0	5.1	5.3	0.2	2.3	2.3	0.0
Einnahmen	-0.6	-3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.6	8.9	5.1	5.3	0.2	2.3	2.3	0.0
6. Volkswirtschaftsdepartement								
Ausgaben	6.2	8.3	8.5	7.8	-0.7	8.4	7.7	-0.7
Einnahmen	-2.8	-4.8	-5.0	-4.2	0.8	-5.0	-4.2	0.8
Nettoinvestitionen	3.4	3.5	3.5	3.6	0.1	3.4	3.5	0.1

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen in diesen Departementen.

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

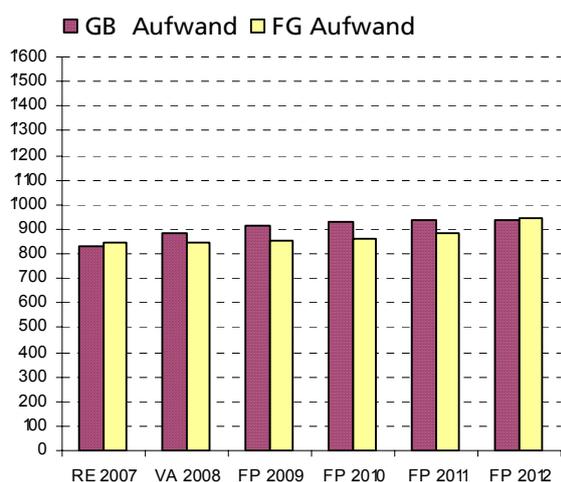
Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationen mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig gebunden. Ein aktuelles Beispiel stellt die KVG-Revision auf Bundesebene dar, welche den Kanton Solothurn ab dem Jahr 2012 mit 60 Mio. Fr. mehr belastet. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kanton Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten. Im letzten IAFP wurde diese Fragestellung am Beispiel des Voranschlags 2008 berechnet. Nachfolgend wurden die Finanzplanjahre auf diese Fragestellung untersucht, um allfällige Tendenzen festzustellen.

2.5.1. Aufteilung Globalbudget - Finanzgrössen

Mit der Einführung von WoV wurde jede Dienststelle beauftragt, die Aufwände und Erträge, welche im direkten Zusammenhang mit ihrer Leistung stehen und kaum durch exogene Faktoren beeinflusst werden, dem Globalbudget zuzuweisen. Was nicht mit ihrer Leistung beeinflussbar ist (Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw.), wurde den Finanzgrössen zugewiesen.

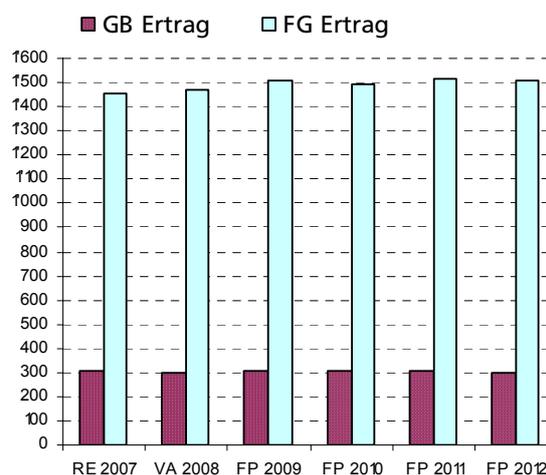
Aufwände in Mio. Fr.

Globalbudget / Finanzgrössen



Erträge in Mio. Fr.

Globalbudget / Finanzgrössen



Das Verhältnis zwischen den Finanzgrössen und dem Globalbudget verändert sich in Zukunft nur wenig. Grundsätzlich kann auf der Aufwandseite von einer Aufteilung von 50% Finanzgrössen und 50% Globalbudget ausgegangen werden.

2.5.2. Handlungsautonomie

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen zugeordnet:

1. Kanton Solothurn
2. Spezialfinanzierungen
3. Kooperationen (mit anderen Kantonen oder Institutionen)
4. Dritte (Bund, Gemeinden).

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Zusätzlich wurden die Profitcenter nach Globalbudgets und Finanzgrössen unterschieden. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Einflussmöglichkeiten respektive der Handlungsautonomie aufteilt in hoch, neutral, geteilt und gering.

Wesentliche Veränderungen VA 2008 zu FP 2012

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

Finanzgrössen	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.
Aufwand	7%	6%	-1%	8%	4%	-4%	15%	15%	-	20%	25%	+5%
Ertrag	48%	50%	+2%	6%	5%	-1%	1%	1%	-	28%	28%	-
Globalbudgets	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.	VA 08	FP 12	Diff.
Aufwand	28%	26%	-2%	1%	1%	-	20%	21%	+1%	2%	2%	-
Ertrag	12%	12%	-	1%	1%	-	2%	2%	-	1%	1%	-
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		

In den einzelnen Feldern ist der Prozentsatz der Veränderung vom Voranschlag 2008 und dem Finanzplan 2012 fett aufgeführt.

Betrachtet man die grössten Aufwand- und Ertragsveränderungen vom Voranschlag 2008 und dem Finanzplanjahr 2012, ist festzustellen, dass die Felder mit hoher und neutraler Autonomie des Kantons Solothurn mehrheitlich leicht abnehmen. Hingegen nehmen die Aufwände und Erträge im Einflussbereich der geringen und geteilten Felder zu. Die Veränderung ist aber gesamthaft gesehen zu gering, um eine eindeutige Tendenz daraus ableiten zu können.

2.5.3. Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal **30%-35% des Gesamtaufwandes** (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim **Ertrag rund 60%** des Gesamtertrages, welcher eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder -senkung) veränderbar ist. Tendenziell nimmt dieser Prozentsatz in Zukunft ab.

3. Verwaltungseinheiten

3.1. Behörden und Staatskanzlei

3.1.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (Regierungsdienste, Zentrale Dienste, Staatsarchiv, Datenschutz, Medien)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei - die finanziellen Aufwendungen der kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Für den Bereich Behörden / Staatskanzlei wurden im Legislaturplan 2005-09 keine spezifischen Ziele definiert.

3.1.3. Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der zu erbringenden Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich; entsprechend konstant verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2009-12.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Muster-schreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhalten bleiben.

Im Laufe des Jahres 2008 wird dem Kantonsrat eine Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes zur Umsetzung von Schengen/Dublin vorgelegt; durch die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind unter anderem erhöhte Datenschutzstandards sowie eine völlige Unabhängigkeit der kantonalen Datenschutz-Kontrollstelle vorzusehen.

3.1.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

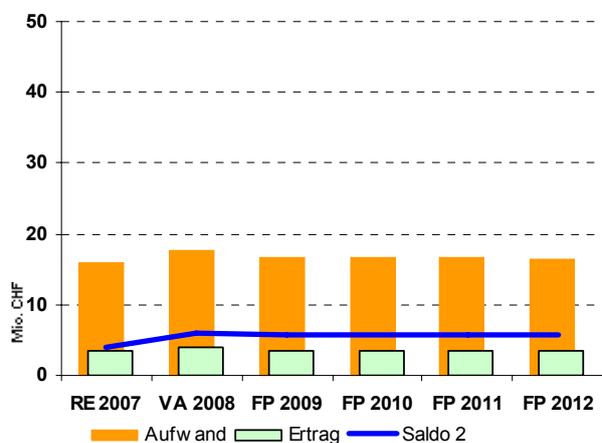
i.A = in Arbeit. **erl.** = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
1.01 Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Gesuchsformulare etc.) soll auch in den kommenden Jahren	DA	05					
1.02 Neues Archivgesetz	erl.	05	RRB 2005/1878 vom 6.9.2005; KRB RG150/2005 vom 25.1.2006	Dez 06	Jan 06		
1.03 Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (Ausbau Rückzug Volksinitiativen)	erl.	06	RRB 2006/1574 vom 22.8.2006; KRB RG 119/2006 vom 6.12.2006	Dez 06	Aug 06		
1.04 Systematische Überprüfung der Gesetzessammlung und Aufhebung überholter Erlasse	erl.	07	RRB RRB 2007/167 vom 29.1.2007	Mrz 07	Jan 07		
1.05 Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes: Anpassung an Schengen/Dublin	i.A.	07	RRB B+E Vernehmlassung per Ende Nov. 07 abgeschlossen	Dez 07		RRB B+E geplantes Inkrafttreten 1.11.2008	Nov 08

3.1.5. Finanzen in Mio. Franken

Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	10.8	12.2	11.9	11.8	11.9	11.9
Ertrag	-3.0	-3.2	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Saldo 1	7.8	9.1	8.8	8.8	8.9	8.9
Verrechnungen	-5.6	-5.9	-5.7	-5.7	-5.7	-5.7
Saldo 2	2.2	3.2	3.1	3.1	3.2	3.1
Finanzgrössen						
Aufwand	5.1	5.4	4.9	4.8	4.7	4.7
Ertrag	-0.4	-0.9	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Saldo 1	4.7	4.5	4.4	4.3	4.2	4.2
Verrechnungen	-2.9	-1.9	-1.8	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo 2	1.8	2.7	2.6	2.6	2.5	2.5
Saldo total	4.0	5.9	5.7	5.7	5.6	5.6



Bemerkungen

Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen.

3.2. Bau- und Justizdepartement

3.2.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung und die hierfür spezifische Gesetzgebung.

3.2.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
1.	Umwelt Raum und Natur schützen	
1.1.	Hohe Lebens- und Wohnqualität;	-Entwicklungsschwerpunkte und Raumnutzung in Abstimmung mit Umweltpolitik festlegen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.1.	Verkehrerschliessung optimieren;	
3.1.1	Städte vom Verkehr entlasten.	- Entlastungsprojekt Solothurn vollenden und in Olten mit Bau beginnen; - Öffentlicher Verkehr gezielt ausbauen und optimieren.

3.2.3. Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Die Altlasten vergangener Tage bergen Risiken, die ständig analysiert werden müssen, um den Sanierungsbedarf abschätzen und wahrnehmen zu können.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend. Die Steigerung der Ausgaben in der Investitionsrechnung gegenüber der Planung im Vorjahr verursacht auch erhöhte Abschreibungen (Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben) in der Erfolgsrechnung.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

3.2.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

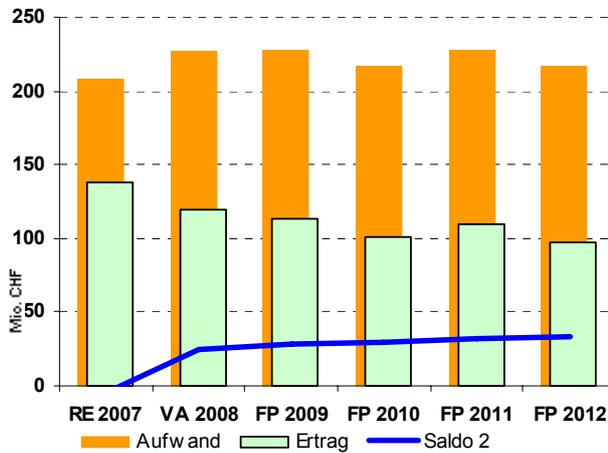
i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
2.01 Revision Verwaltungsverfahrensrecht (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	05	B+E September 07	Dez 07	Sep 07		
2.02 Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft	i.A.	05	sistiert bis Ende 2007			Eingabe Auftrag Fraktion CVP/EVP: Umsetzung Aggloprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften; Beantwortung und abklären allfälliger Gesetzesanpassungen	Dez 09
2.03 Umsetzung der Neuerungen im eidgenössischen Erwachsenen- und Jugendstrafrecht	erl.	05	RRB, B+E RRB 2006/260 vom 31.1.2006; KRB RG 021b/2006 vom 16.5.2006				
2.04 Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“ (PB 45, 46, 47, 48)	i.A.	05	Wettbewerb abgeschlossen, darauf basierende Projektoptimierung vorgenommen	Dez 07	Dez 07	RRB B+E 2. Hälfte 08	Dez 12
2.05 Einführung der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltung für die Strafverfolgungsbehörden	erl.	06	Abgeschlossen	Dez 06			
2.06 Umbau und Sanierung Pädagogische Hochschule Solothurn (Grundlage: SGB 046/2003)	i.A.	05	Spezialtrakt konnte fertiggestellt werden			Klassentrakt sowie Spezialtrakt bis 08	Aug 09
2.07 Sanierung Kantonsschule Olten	i.A.	05	Vorarbeiten im Gang			RRB / B+E bis 09	Dez 15
2.08 Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone	i.A.	05	Projekt für Subventionierung durch den Bund und Baubotschaft wurde erarbeitet			B+E Juni 08	Mrz 13
2.09 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Profanbauten Stadt Solothurn (Grundlage: RRB 2001/1946) vom 25. September 2004) Finanzierung über den Lotteriefonds über fünf Jahre mit	erl.	05	Publikation im Jahr 2007		Apr 07	Publikation im Jahr 2007	Dez 07
2.10 Publikation: Die Bauernhäuser des Kantons Solothurn Band Bucheggberg und Wasseramt	i.A.	05	Auf eine Publikation der wissenschaftliche Arbeit wird bis auf Weiteres verzichtet			Auf eine Publikation der wissenschaftliche Arbeit wird bis auf Weiteres verzichtet	Dez 08
2.11 Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons.	i.A.	06	Projektfortschritt gemäss Plan			Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 10
2.12 Konzept für die Umnutzung der Industriewerkstätte der SBB in Olten	sistiert	05					Dez 06
2.13 Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	i.A.	05	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	Dez 07	Dez 07	Neues Bettenhaus A bis 09	Dez 12
2.14 Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)	i.A.	05	Sanierung Haus 2			Realisierung bis 2008	Dez 08
2.15 Sanierung Bürgerspital Solothurn	i.A.	06	Vorarbeiten für Wettbewerb			Wettbewerb bis Ende 08, RRB / B+E 2. Hälfte	Dez 23
2.16 Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008 (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002, Kreditbeschluss SGB 087/2005)	i.A.	05	Massnahmen zur Kompensation auftretender Verzögerungen eingeleitet			Projektfortschritt gemäss Plan, Vollendung 8.8.08	Aug 08
2.17 Inangriffnahme der Bauarbeiten der Entlastung Region Olten, Baubeginn 2008, (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002)	i.A.	05	Projektierungsarbeiten gemäss Plan. Nutzungsplan-RRB bereinigt			Projektfortschritt gemäss Plan, Baubeginn voraussichtlich 2008, jedoch in Abhängigkeit von der Genehmigung des Erschliessungsplanes	Dez 08 (Baube- ginn)
2.18 Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 auf dem Kantonsstrassennetz (insb. Bahnhofplatz Solothurn) (Grundlage Genehmigung UVEK vom 28. März 2001)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan Realisierung 2008 Verlängerung Frist des ASTRA zur Realisierung der Massnahmen bis 2009			Projektfortschritt gemäss Plan Realisierung 2009	Dez 09

3.2.5. Finanzen (in Mio. Franken)

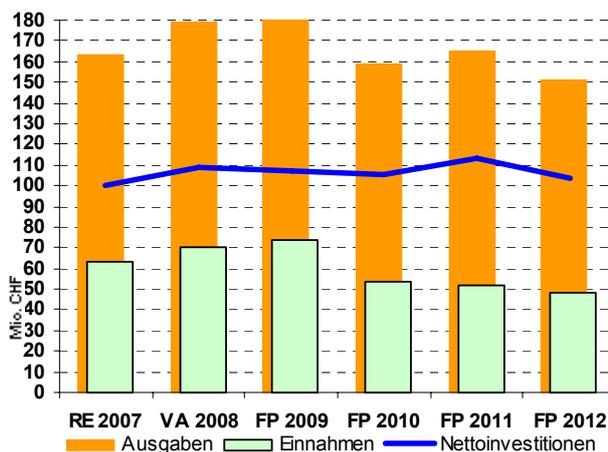
Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	135.4	160.7	161.3	164.5	167.3	170.1
Ertrag	-53.6	-55.1	-46.6	-47.2	-47.3	-48.1
Saldo 1	81.8	105.6	114.7	117.2	119.9	122.0
Verrechnungen	-21.2	-26.1	-26.4	-26.4	-26.4	-26.4
Saldo 2	60.6	79.6	88.3	90.8	93.5	95.6
Finanzgrössen						
Aufwand	72.4	66.5	65.9	52.3	60.1	46.3
Ertrag	-84.2	-64.9	-66.9	-53.6	-61.8	-49.2
Saldo 1	-11.8	1.5	-1.0	-1.2	-1.7	-2.9
Verrechnungen	-53.9	-57.1	-58.6	-59.6	-59.6	-59.6
Saldo 2	-65.6	-55.5	-59.6	-60.9	-61.3	-62.5
Saldo total	-5.0	24.0	28.7	29.9	32.2	33.1



Bemerkungen

Da die spezialfinanzierten Investitionen sofort abgeschrieben werden, widerspiegelt der Kostenverlauf des Bau- und Justizdepartementes in erster Linie die Investitionstätigkeit im Kantonsstrassenbau (Entlastung Region Olten). Der in der Revision des ÖV-Gesetzes enthaltene neue Kostenteiler zwischen Gemeinden und Kanton führt zu tieferen Gemeindebeiträgen, was - bei etwas höheren Abgeltungen - zu einer Steigerung des Nettoaufwandes in der Höhe von etwas mehr als 3 Mio. Franken führt.

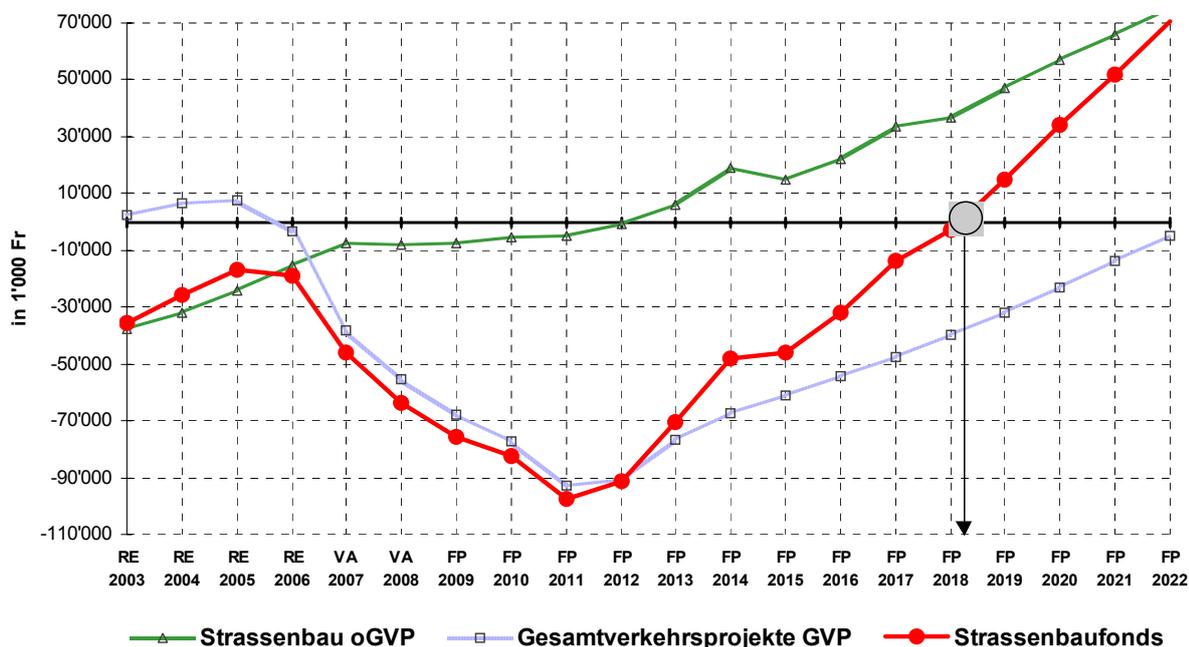
Investitionsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total						
Ausgaben	163.6	179.0	180.1	158.8	165.1	151.3
Einnahmen	-63.3	-69.9	-73.4	-53.2	-52.0	-47.9
Nettoinvestitionen	100.3	109.1	106.7	105.7	113.1	103.4
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Bildung-Spitalbauten, MFK(GB)	40.2	48.6	57.0	58.0	58.0	58.0
Strassenbau (GB)	62.6	57.8	45.8	42.4	49.5	39.3
Öffentlicher Verkehr (FG)	-1.0	1.5	1.9	1.9	1.9	1.9
Umwelt (FG)	-0.8	-0.5	0.3	1.6	1.9	2.4
Geoinformationen (FG)	-0.7	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8



Bemerkungen

Die Grafik gibt die in den Planjahren hohe Investitionstätigkeit (Entlastung Region Olten) wieder.

3.2.6. Entwicklung des Strassenbaufonds 2003 - 2022



Angaben: AVT, 5.März 2008

Strassenbau ohne Gesamtverkehrsprojekte

Der Kantonsrat hat am 26.06.2007 beschlossen, dass gemäss Auftrag UMBAWIKO (A83/2006) in den Globalbudgets Strassenbau der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Mitteleinsatz für Erhaltungsmassnahmen im Bereich des Kantonsstrassennetzes soweit erhöht wird, dass die Anlagesubstanz auf längere Sicht keinen Wertverlust erleidet. Aus Rücksicht auf die starke Belastung der Investitionsrechnung durch die Gesamtverkehrsprojekte wird dieser Mitteleinsatz in den Planjahren 2009 – 2012 noch minim gehalten.

Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber 20 Jahre nach seiner Inkraftsetzung am 1. Januar 2003 (KRB 31.10.2001 / Änderung der VO über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge).

Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2007 belief sich der Verlustvortrag auf 38 Mio. Fr. und wird in den Planjahren 2009 - 2012 den geschätzten Tiefststand von 93 Mio. Fr. erreichen. Dieser Fehlbetrag wird voraussichtlich im Jahr 2022 abgetragen sein.

Entwicklung Strassenbaufonds

Der Verlustvortrag des Strassenbaufonds betrug Ende 2007 rund 46 Mio. Fr. Analog zur Entwicklung der Gesamtverkehrsprojekte wird die Fondsverschuldung in den Planjahren 2009 – 2012 bis auf rund 98 Mio. Fr. anwachsen. Nach Abschluss der Grossprojekte wird er wieder abgebaut. Der Strassenbaufonds wird so schätzungsweise im Jahr 2019 wieder ausgeglichen sein.

3.3. Departement für Bildung und Kultur

3.3.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll möglichst landesweit harmonisiert und qualitativ weiter entwickelt werden. Die Chancengleichheit während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität der solothurnischen Jugend. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden.

3.3.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
2.	Bildungsangebot optimieren	
2.1	Ein leistungsfähiges, effizientes Bildungswesen und eine dazu kohärente Familien- und Jugendpolitik;	<ul style="list-style-type: none"> - Optimale Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; - Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten;
2.2	Eine im nationalen und internationalen Vergleich hohe Qualität der Bildung an den Schulen des Kantons Solothurn und Förderung der Qualitätsentwicklung anhand objektiverer Verfahren, die Bildungsprozesse beschreib- und messbar machen (Qualitätsmanagement);	<ul style="list-style-type: none"> - Konzept zum Qualitätsmanagement (QM) für den Bildungsbereich im Kanton Solothurn erstellen; - Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzeptes;
2.3	Bildungsangebot mit den übrigen Kantonen und in Zusammenarbeit mit der EDK/NWEDK harmonisieren.	<ul style="list-style-type: none"> - Fremdsprachenkonzept verabschieden und Umsetzung einleiten; - Reform der Sekundarstufe I dem Kantonsrat vorlegen; - Staatsvertrag Fachhochschule NWCH (AG, BL, BS und SO) abschliessen, gemeinsame Leistungsvereinbarung 2006-2008 genehmigen und Lehrpersonenausbildung und -weiterbildung innerhalb der neuen Fachhochschule NWCH sichern.
2.4	Förderung des Kulturangebotes und des Breitensports;	<ul style="list-style-type: none"> - Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten; - Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen;
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.3	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten;	<ul style="list-style-type: none"> - Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages.

3.3.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die im IAFP 08-11 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 09-12.

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- Optimierung des Angebotes an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule/Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist anerkannt. Er wird immer wichtiger, denn es ist medizinisch erwiesen, dass die Bewegung eine primäre Bedeutung für die Gesunderhaltung der Bevölkerung besitzt. Der Kantonsrat hat mit Planungsbeschluss vom 14. Dezember 2005 für den Legislaturplan 2005-2009 dieses Anliegen thematisiert. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Sportverbänden und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotteriede- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstüzungsgesuche steigt kontinuierlich). Die qualitative Projektwertung soll gestärkt und vermehrt Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 (erstreckt bis Ende 2008) den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn zwischen Stadt und Kanton. Es laufen Verhandlungen, welche die Ausarbeitung eines neuen Verteilschlüssels zwischen der Stadt und den Regionsgemeinden zum Gegenstand haben.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 0,9 Mio. Franken). Auf die im IAFP 06-09 vorgeschlagene Finanzierung über den Finanzausgleich Kirchengemeinden wurde im Kantonsrat nicht eingetreten.

3.3.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
3.01 Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Uebergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung	i.A.	05	100 % der Schulen haben professionelle Schulleitungen			Aufbau der Leistungsvereinbarungen (LV) LV sind abgeschlossen	Dez. 08 Dez. 10
3.02 Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten; ab 1.8.2007 sollen flächendeckende Blockzeiten eingeführt sein. Das Vorhaben darf dem Kanton keine Kosten verursachen; es bedarf einer Gesetzesanpassung	erl.	05	flächendeckende Blockzeiten sind zu 100 % ab 1.8.2007 eingeführt	Dez 07	Aug 07		
3.03 Neues Berufsbildungsgesetz (Bundesgesetz vom 13.12.2002); Umsetzung BBG im Kanton Solothurn mit der Einführung aller geänderten Bildungsverordnungen und der Anpassung an die kantonalen Gesetze und Verordnungen	i.A.	05	Aufgrund erheblichen Klärungsbedarfes beim Bund u.a. bei der Finanzierung verzögerte sich die Anpassung der kantonalen Gesetze und Verordnungen	Dez 07		Das Gesetz und die Verordnung sind in Kraft B+E	Dez 08
3.04 Umsetzung des Mittelschulgesetzes (KRB Nr. RG 073/2005 vom 29.6.2005) mit Neuordnung der Mitfinanzierung des gymnasialen Unterrichts während der obligatorischen Schulzeit durch die Gemeinden	erl.	05	Gesetz und Verordnung sind in Kraft	Dez 06	Dez 06		
3.05 Aufbau der Fachmittelschule (KRB Nr. RG 162/2003 vom 17.12.2003); Einführung der FMS (ab 2004); interkantonale Anerkennung der Abschlüsse	erl.	05	Die EDK hat am 11.4.2007 die Abschlüsse der Fachmittelschule anerkannt.	Dez 07	Jun 07		
3.06 Als Folge der NFA fallen ab 2008 die IV-Beiträge im Umfang von rund 40 Mio. Franken weg. Das DBK hat für die Heilpädagogischen Sonderschulen ein Neukonzept erarbeitet, das derzeit in Vernehmlassung ist; mit schrittweiser Umsetzung 2006 bis 2009 und Einführung 2009	i.A.	05	Das Volksschulgesetz wurde angepasst.	Dez 07	Dez 07	Verordnungen sind teilweise angepasst. Verordnungen sind angepasst.	Dez. 08 Aug. 10

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

i.A = in Arbeit. **erl.** = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
3.07 Als Folge der NFA leistet der Bund ab 2008 keine Bundessubventionen an Stipendien auf der Sekundarstufe II, der Kanton muss hier Konzepte entwickeln	i.A.	05	Das Konzept ist erarbeitet, die Anpassung des Stipendiengesetzes und der -verordnung erfolgen auf August 2008	Dez 07	Dez 07	Die Rechtsgrundlagen sind angepasst.	Aug 08
3.08 Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiarisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagog. Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Ueberprüfung der Besoldungen	i.A.	05	Lead beim Finanzdepartement; Grundlagen sind ausgearbeitet	Dez 07	Dez 07	Rechtsgrundlagen sind angepasst B+E; Unterstützung des Finanzdepartementes (Lead) bei der Weiterarbeit Umsetzung der Rechtsgrundlagen	Dez 08 Dez 10
3.09 Lehrstellenmarketing: Bis Ende 2008 sollte im Kanton Solothurn bei möglichst vielen Berufen eine Attestausbildung angeboten werden. Finanzbedarf keiner, da Ablösung von Anlehen. Personelle Ressourcen; Vereinbarung Lehrstellenförderung mit Gewerbeverband	i.A.	05	Eine Attestausbildung ist bei vielen Berufen ab Schuljahr 2007/2008 möglich.	Dez 07	Dez 07	Bei möglichst vielen Berufen ist eine Attestausbildung möglich	Dez 08
3.10 Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein. Finanzbedarf rund 0.5 Mio. Fr. Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzepts	i.A.	05	Rahmenkonzepte für das QM für Volksschule, Berufsschulen und Mittelschulen sind eingeführt. An Berufs- und Mittelschulen wird das PQ-LEBO-Konzept umgesetzt.	Dez 07	Dez 07	Im Bereich der Volksschule werden die Instrumente ausgearbeitet. Die Instrumente sind ausgearbeitet und werden angewandt.	Dez 08 Dez 12
3.11 Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule	i.A.	05	Mit Volksabstimmung vom 26.11.2006 hat das Volk der Reform zugestimmt. Das Projekt ist operativ tätig. Eine externe Projektleitung ist eingerichtet.	Dez 07	Dez 07	Die Projektorganisation zur Umsetzung dieser Reform ist installiert. Die Verordnungen sind teilweise angepasst. Die Reform ist umgesetzt.	Dez 08 Dez 13
3.12 Aufbau der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW: Umsetzung des Staatsvertrages der Kantone AG, BL, BS und SO. Vollzug der Fusion der bestehenden FH-Einrichtungen (u.a. FHSO, PHSO) auf Beginn 2006, Weiterentwicklung der FHNW gemäss Leistungsauftrag	erl.	05	Fusion per 1.1.06 vollzogen	Dez 05	Dez 05		
3.13 Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio.	i.A.	05	Umsetzungsarbeiten gemäss interkantonalen Projektplanung; Weiterbildungsplanung ist aufgegleist	Dez 07	Dez 07	Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt B+E; Aufbau Weiterbildung Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt.	Dez 08 Dez 14
3.14 Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.	i.A.	05	Umsetzungsarbeiten gemäss interkantonalen Projektplanung; Weiterbildungsplanung ist aufgegleist	Dez 07	Dez 07	Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Englisch ab 5. Primarschulklasse ist eingeführt B+E; konzeptionelle Arbeiten Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	Dez 08 Dez 14
3.15 Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK)	i.A.	05	Die Arbeiten werden im "Bildungsraum NW-CH" koordiniert, eine Voruntersuchung läuft	Dez 07	Dez 07	Konzept liegt vor und weiteres Vorgehen ist genehmigt RRB; Ausarbeitung Staatsvertrag mit AG, BS und BL B+E ist verabschiedet.	Dez 08 Aug 11

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

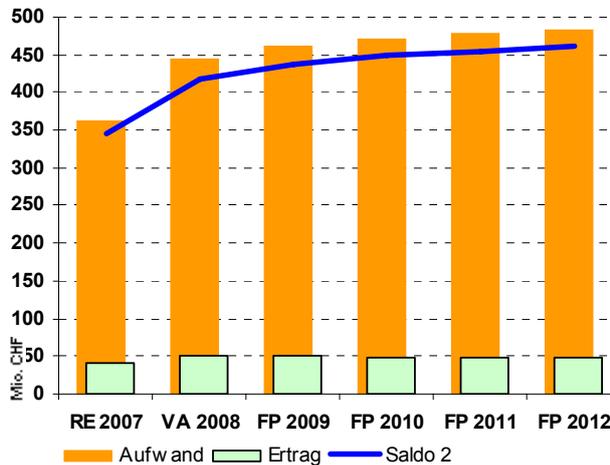
i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
3.23 Einführung Fachmaturität	i.A.	07	Anerkennungsgesuch bei der EDK eingereicht am 28.9.2007				Ergänzend zum FMS-Abschluss ist der Erwerb der Fachmaturität zu ermöglichen. Dez 08
3.24 Einführung bilingualer Unterricht	i.A.	07	Konzept zum Immersionsunterricht auf Sekundarstufe II erstellt, Umsetzung in Vorbereitung				Stufenweise Einführung bilingualer Unterricht. Dez 08 Die bilinguale Maturität ist an den Kantonsschulen möglich. Dez 09
3.25 Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E	i.A.	07	Die Konsultationsverfahren sind abgeschlossen.				B+E, Staatsvertrag Dez 08
3.26 Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.	i.A.	05	Der KR hat dem Antrag zur Erweiterung Leistungsauftrag zugestimmt. SGB 059/2007 vom 4.7.2007 Metallatelier und Dokumentation sind aufgebaut und gesichert Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes über die künftige kant. Museumspolitik erteilt (RRB 2007/2194 vom 18.12.2007)	Dez 07 Dez 08	Jul 07		Erarbeitung Konzept Museumspolitik Ergänzung des Leistungsauftrages MAZ sowie Neugestaltung Erdgeschoss und Feuerleiter mit Lift; Bericht Planungskommission liegt vor, Investitionsbedarf wird abgeklärt Dez 08
3.27 Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen.	i.A.	05	Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Erweiterung Leistungsauftrag, dass zur Stärkung des Breitensportes eine zentrale Kompetenzstelle für Sport errichtet wird, zugestimmt, SGB 059/2007 vom 4.7.2007	Dez 07	Jul 07		Umsetzung Planungsbeschluss Nr. 6 Kantonsrat (SGB 118/2005) "Das kulturelle Angebot im Kanton wird ebenso wie der Breitensport talent- und projektorientiert gefördert". Kompetenzstelle wird aufgebaut Dez 08
3.28 Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten. Kostendach 2.3 Mio. Fr. zulasten Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	i.A.	05	Produktion läuft gemäss Plan Rechenschaftsbericht vom RR mit RRB 2007/551 vom 4.4.2007 zur Kenntnis genommen	Dez 07	Dez 07		Produktion Teilband 19. Jahrhundert läuft gem. Plan. Es soll im Jahr 2009 erscheinen. Gesamtwerk wird 2014 abgeschlossen (RRB 2005/160 vom 18. Januar 2005) Dez 08 Dez 14
3.29 Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen (SIKO=Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz)	i.A.	05	Die Arbeitsgruppe ist eingesetzt und koordiniert ihre Arbeiten mit dem Lehrplan D-EDK	Dez 07	Dez 07		gemäss Projektplanung D-EDK Dez 08
3.30 Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten; Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)	i.A.	05	Übergangslösung mit der Stadt Solothurn ausgehandelt	Dez 07	Dez 07		Vertragsabschluss Dez 08

3.3.5. Finanzen (in Mio. Franken)

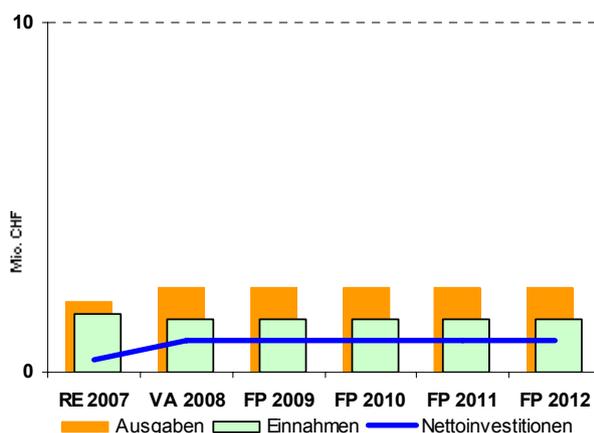
Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	178.9	183.2	190.7	194.5	195.3	195.1
Ertrag	-37.5	-35.2	-33.9	-33.5	-33.2	-33.2
Saldo 1	141.4	148.0	156.8	161.0	162.1	161.9
Verrechnungen	23.0	25.9	25.9	25.9	25.9	25.9
Saldo 2	164.4	173.9	182.7	186.9	188.0	187.9
Finanzgrössen						
Aufwand	184.1	260.8	270.0	277.5	282.9	288.6
Ertrag	-3.3	-15.8	-15.6	-15.6	-15.6	-15.6
Saldo 1	180.8	245.0	254.4	261.9	267.3	273.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	180.8	245.0	254.4	261.9	267.3	273.0
Saldo total	345.2	418.9	437.1	448.8	455.3	460.9



Bemerkungen

In der Erfolgsrechnung ist der Anstieg im Jahre 2008 besonders auffällig. Dieser Anstieg ist grösstenteils bedingt (+43.9 Mio. Fr.) durch die Mehrausgaben des Kantons im Bereich der Sonderschulpädagogik/Sonderschulheime. Mit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund/Kantone (NFA) wird aus der bisherigen Verbundaufgabe eine rein kantonale Aufgabe. Der Kanton übernimmt damit auch die bisher von der IV geleisteten Beiträge, was zu einem Ausgabenwachstum führt. Der Anstieg in den Finanzplänen der Jahre 2009 bis 2012 ist hauptsächlich auf höhere Beiträge an Gemeinden für Lehrerbesoldungen Volksschule und Kindergärten, die Umsetzung von nationalen Bildungsprojekten (HarmoS) sowie höhere Schulgelder zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total						
Ausgaben	2.0	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.4	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Kantonale Schulen (FG)	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Stipendien (FG)	-0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen

3.4. Finanzdepartement

3.4.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämtler im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:

Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:

Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation;

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:

Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:

Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:

Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
6.	Nachhaltige Finanz- und Personalpolitik gewährleisten	
6.1	Finanzpolitik	
6.1.1	Nettoverschuldung pro Kopf auf unter 2000 Fr. senken;	Restriktive Finanzpolitik weiterführen;
6.1.2	Grösstmögliche Wirkung der Ausgaben bei den Einwohnerinnen und Einwohnern erzielen;	- Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen; - Wirtschaftlichkeitsrechnung im umfassenden Sinne für alle grösseren Ausgaben;
6.1.3	Einlösung der NFA-Versprechen gegenüber Betroffenen;	- Umsetzungskonzept erarbeiten, notwendige Gesetzesänderungen termingerecht beschliessen; - Teilbereich Werkstätten und Wohnheime sowie Spitex: Auswirkungen klären und regeln;
6.1.4	Gezielte Steuerentlastungen bei überdurchschnittlich belasteten Einkommens- und Vermögensklassen.	- Anpassung der über dem schweizerischen Durchschnitt liegenden Steuertarife für natürliche Personen.
6.2	Personalpolitik	
6.2.1	Den Arbeitsfrieden weiterhin erhalten	Sozialpartnerschaftliche Weiterentwicklung des GAV;
6.2.2	Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber steigern, um qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu behalten	- Marktkonformität und Leistungsgerechtigkeit der Löhne verbessern; - Unternehmenskultur als permanenten Prozess wahrnehmen und fördern
6.2.3	Die Gleichwertigkeit der Geschlechter konsequent in allen Tätigkeitsbereichen umsetzen.	- Teilzeitmöglichkeiten auch für Kaderpersonen fördern; - Kinderkrippenangebot für Staatsangestellte ausbauen.

3.4.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die Solothurner Verwaltung will ihre wirkungs- und bürgerorientierte Ausrichtung, welche seit 2005 auch gesetzlich verankert ist, weiterhin vorantreiben.

Der Kanton Solothurn steht bei der Personalrekrutierung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft, aber auch zu andern öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern. Der Kanton Solothurn ist ein attraktiver Arbeitgeber und dies soll auch so bleiben. In der Legislaturperiode werden insbesondere Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsförderung ergriffen. Das zu Beginn dieser Legislatur beschlossene Kaderentwicklungskonzept wird umgesetzt und ermöglicht den bereits in der Verwaltung tätigen Mitarbeitenden, sich intern neue Kompetenzen anzueignen und sich so beruflich weiterzuentwickeln. Das bereits als Pilotprojekt bestehende Kinderkrippenangebot ist nun definitiv verankert.

Trotz verbesserter finanzieller Lage wollen wir unsere Ausgaben laufend auf ihre Effizienz und Wirkung hin überprüfen mit dem Ziel, unseren Einwohnern und Einwohnerinnen ein möglichst gutes Dienstleistungsangebot zu günstigen Kosten anzubieten. Dazu werden die Staatsbeiträge, welche eine grosse Ausgabenposition darstellen, periodisch überprüft und für grössere Ausgaben umfassende Wirtschaftlichkeitsrechnungen durchgeführt.

Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen nimmt an Intensität zu. Die Entwicklung des Steuersubstrates soll deshalb nachhaltig gefördert werden, indem die besonderen Standortvorteile des Kantons Solothurn (attraktive Wohngegenden, ausgezeichnete Verkehrserschliessung, günstig gelegene Industriezonen) und Staatsfinanzen, welche auf eine gesunde Entwicklung hinweisen, gegenüber möglichen privaten Zuzüglern und potenziellen Investoren aktiv kommuniziert werden. Nachdem die Kantonsfinanzen stabilisiert werden konnten, die Nettoverschuldung pro Kopf bspw. betrug im Jahr 2005 1'780 Franken, 2006 1'590 Franken und 2007 1'050 Franken, konnten 2007 gezielte Steuerentlastungen vorgenommen werden, welche ab 2008 wirksam werden.

Vermögenserträge / Zinsendienst: Durch eine aktive Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung sollen auch in der laufenden Legislatur optimale Konditionen ausgehandelt werden.

3.4.4. Massnahmen

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
4.01 Im Jahr 2005 wird eine Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage durchgeführt. Ein qualitatives Personalcontrolling soll aufgebaut werden	DA	05	MAZ durchgeführt	Dez 05	Nov 05		
			Departementsübergreifende Massnahmen zur MAZ mit RRB Nr. 2006/1639 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06	Mab-Lebo Systemoptimierung und Qualitätssicherungskonzept erarbeitet;	Dez 08
			Weiterentwicklung Personalcontrolling mit RRB Nr. 2006/1640 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06	Umsetzung der o.e. RRB's abgeschlossen, 2. MAZ durchgeführt	Dez 09
4.02 Das Kaderentwicklungskonzept wird umgesetzt	i.A.	05	Programm KEKSO BASIC für neue Führungskräfte ist umgesetzt.	Dez 07	Feb 07	Programme KEKSO PROJECT (Projektleiter) und KEKSO EXPERT (Fachleiter) werden angeboten;	Feb 08
			Programm KEKSO TOP für erfahrene Führungskräfte ist ausgeschrieben und zum Start bereit.	Dez 07	Feb 08	KEKSO Graduate-Konzept erarbeitet.	Jun 08
4.03 Teilzeitmöglichkeiten für Kaderpersonen fördern; Massnahmenkatalog und weiteres Vorgehen erarbeiten	erl.	05	RRB	Mrz 07	Apr 07		
			Massnahmen zur Förderung des Frauenanteils im Kader mit RRB 2007/647 vom 24.4.2007 beschlossen				

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

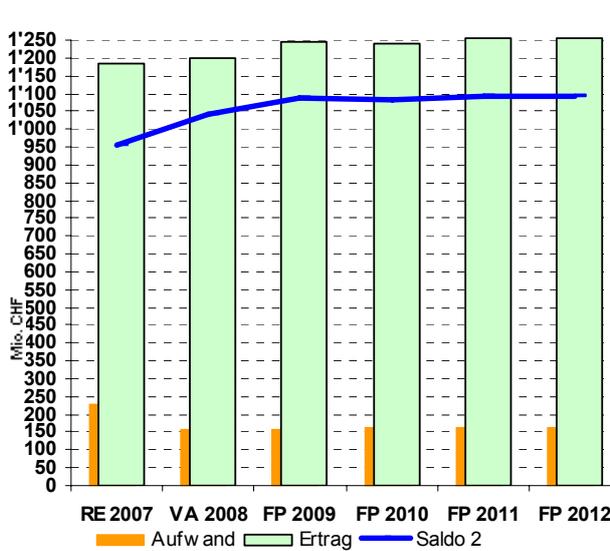
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
4.04	Zuhanden des Kantonsrates soll eine Vorlage verabschiedet werden mit dem Ziel eines flächendeckenden Kinderkrippenangebotes	i.A.	05	Verlängerung Pilotprojekt mit KRB SGB 064/2006 und RRB 2006/998 vom 23.5.2006 beschlossen Beitragslösung mit KRB Nr. SGB 062/2007 und RRB Nr. 2007/811 vom 14.5.2007 beschlossen	Jun 06 Mai 07	Mai 06 Mai 07	Regelung für Spitäler erarbeiten Dez 08
4.05	Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger Kostensenkung durch Ausbau der automatischen Veranlagung	erl.	05	RRB Nr. 2005/60, 2005/61, 2005/62 und 2005/63 vom 11.1.2005	Jan 05	Jan 05	
4.06	Umsetzungskonzept Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz erarbeiten	erl.	06	RRB 2006/1882 vom 23.10.2006	Dez 06	Okt 06	
4.07	Staatspersonalgesetz ändern; Delegation der Finanzkompetenz zum Abschluss von Mietverträgen an Regierungsrat (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E Verzicht, RRB 2006/2037 vom 14.11.2006	Aug 06 Okt 06	Sep 06 Nov 06	
4.08	Vollzugsgesetzgebung zu BG über Einwohnerregister	erl.	07	RRB B+E Vernehmlassung mit RRB 2007/1409 vom 21.8.2007 gestartet. KRB RG177/2007 und RRB Nr. 2007/1941 vom 20.11.2007	Dez 07	Aug 07 Dez 07	
4.09	Gesetzliche Grundlagen für Offenlegung Interessenbindung Regierungsräte schaffen (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E RRB 2006/2148 vom 28.11.2006	Aug 06 Okt 06	Aug 06 Nov 06	
4.10	Optimierung Umsetzung WoV	i.A.	07	Änderungskonzept durch WoV-Kommission verabschiedet. Umsetzung Massnahmen 1. Priorität	Jun 07 Dez 07	Jun 07 Dez 07	Umsetzung restlicher Massnahmen Dez 08
4.11	Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt zwischen 58 und 67 ausarbeiten; Massnahmen mit Sozialpartnern im GAV vereinbaren (Änderung GAV)	i.A.	06	Vernehmlassung RRB B+E Projekt auf 09 verschoben	Aug 06 Okt 06		Behandlung in GAVKO RRB B+E Jun 09 Dez 09
4.12	Marktkonformität der Löhne verbessern	DA	06	Lohnvergleich erstmalig erfolgt; RRB 2007/1944 vom 20.11.2007. Vergleich erfolgt künftig jährlich.	Dez 07	Nov 07	

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
4.13	erl.	05	Vernehmlassung zum Schlussbericht erledigt mit RRB 2006/1818 vom 12.10.2006 Schlussbericht Umsetzungskonzepte erledigt mit RRB 2007/471 vom 20.3.2007	Okt 06 Mrz 07	Okt 06 Mrz 07		
4.14	erl.	05	Vernehmlassung; RRB 2006/1408 vom 11.7.2006 RRB B+E Erledigt mit KRB Nr. RG 038/2007 sowie RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007, 2007/1240 vom 3.7.2007 und 2007/1395 vom 13.8.2007 Volksabstimmung am 21.10.2007	Jun 06 Dez 06 Okt 07	Jul 06 Aug 07 Okt 07		
4.15	DA	05	Wurde von einem Projekt in eine Daueraufgabe umgewandelt.				
4.16	erl.	05	Konzept beschlossen; RRB 2006/705 vom 4.4.2006	Mrz 06	Apr 06		
4.17	erl.	05	RRB Durch interne Schulung wird Massnahme organisatorisch verankert und bei neuen Erlassen angewendet.	Mrz 07	Dez 07		
4.18	DA	06	Datenbank wird periodisch überprüft und aktualisiert				
4.19	i.A.	06	Vernehmlassung RRB B+E Vorlage verworfen, KRB RG 042/2006 vom 28.6.06; Änderung Spargesetz RRB Nr. 2006/2021 vom 14.11.2006; Volksabstimmung vom 11.3.2007 (Annahme)	Jun 06 Aug 06	erl Nov 06	RRB B+E (Änderung KRG)	Apr 08
4.20	i.A.	07	Vernehmlassung RRB B+E KRB RG 153/2007 vom 12.12.2007 und RRB Nr. 2007/1754 vom 22.10.2007	Sep 07 Dez 07	Sep 07 Nov 07	Auftrag Schürch: Erhöhung Finanzkompetenzen RR für Mietverträge	Nov08

3.4.5. Finanzen (in Mio. Franken)



Bemerkungen

Ertragsseitig schlägt in der Erfolgsrechnung einerseits die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone (NFA) insbesondere mit erheblichen Mehreinnahmen im sog. Ressourcenausgleich ab 2008 zu Buche. Andererseits führt die geplante Steuergesetzrevision mit Entlastungen bei Einkommens- und Vermögenssteuer ab 2008 zu Mindereinnahmen.

Ausgabenseitig sind tiefere Nettozinsbelastungen zu verzeichnen. Dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der beiden letzten Jahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven, welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen Schuldenabbau bewirkten.

Investitionsrechnung

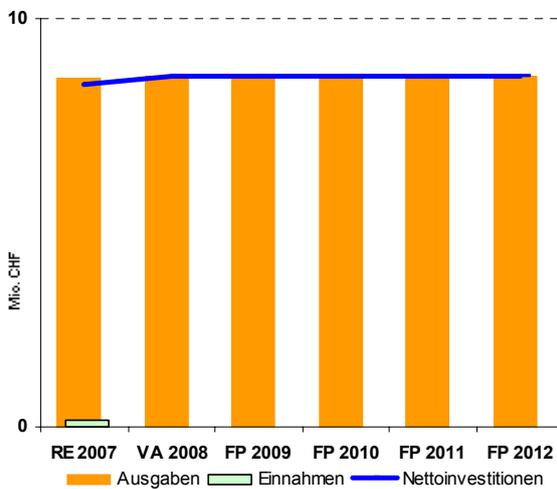
RE 2007 VA 2008 FP 2009 FP 2010 FP 2011 FP 2012

Total

Ausgaben	-1.4	0.3	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.6	0.3	8.6	8.6	8.6	8.6

Einzelne Nettoinvestitionen

Informationstechnologie (GB)	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Abschreibungen/Rückstell./Buchgewi	-10.0	-8.3	0.0	0.0	0.0	0.0



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung gehen wir ausgabenseitig von einer leicht abnehmenden Entwicklung aus. Die Auflösung der zentral budgetierten Globalbudgetreserven (RE06+07, VA 08) in der Investitionsrechnung wird als Minderausgaben ausgewiesen und kann nicht im Voraus prognostiziert werden. In den Finanzplanjahren ist deshalb nichts budgetiert.

3.5. Departement des Innern

3.5.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in den kantonalen Anstalten (Schöngrün, Im Schache, Untersuchungsgefängnisse) sowie das Erstellen diverser Ausweise. Des weiteren umfasst der Aufgabenbereich das Erarbeiten der Grundlagen und Konzepte zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele des Kantons und den Vollzug der zugewiesenen Aufgaben.

Ermittlungstätigkeiten	Polizei
Prävention und Repression	Polizei und Motorfahrzeugkontrolle
Straf- und Massnahmenvollzug	"Schöngrün" und "Schachen"
Ausweiserteilung	Amt f. öffentliche Sicherheit, Motorfahrzeugkontrolle

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten.

Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln

- a) die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- b) Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- c) Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention)
- d) den Missbrauch von Leistungen nach diesem Gesetz zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion und Repression)
- e) soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen zu erbringen und zu erfüllen

Die staatliche Sozialpolitik ist daher darauf ausgerichtet, Personen und Personengruppen die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft zu sichern. Und zwar auch dann, wenn aus sozialen Risiken soziale Probleme und Beeinträchtigungen werden. Die Sozialpolitik übernimmt also die Aufgabe, soziale Risiken, die aus der autonomen Entscheidungsfindung entstehen, möglichst gering zu halten. Sie muss aber auch Problemlösungen schaffen, wenn die Teilhabe an der Gesellschaft bereits sehr eingeschränkt ist, und dadurch die selbständige Lebensführung wieder herstellen. Wo das nicht mehr möglich ist, soll sie mit Unterstützungsmassnahmen ein menschenwürdiges Leben garantieren.

3.5.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
7.	<i>Öffentliche Sicherheit</i> gewährleisten	
7.1	Strafverfolgung optimieren	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“.
7.2	Stärkung der öffentlichen Sicherheit	Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen; Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.)
7.3	Reduktion oder Verhinderung von Gewaltphänomenen (Jugend, Sportveranstaltungen, sozialer Nahraum etc.) durch Problemidentifizierung und –lösung in Zusammenarbeit mit anderen Stellen.	
4.	<i>Gesundheit: Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten</i>	
4.4	Zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention verstärken;	- Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und –prävention erarbeiten; - Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen); - Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherschutz);
4.5	Wirtschaftlich tragbare, qualitativ gute und wettbewerbsfähige Spitalversorgung sicherstellen.	- Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006; - Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste.
4.	<i>Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten</i>	
4.1.	Soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen und erfüllen;	- Sozialgesetz erlassen und umsetzen - Sozialplanung, insbesondere die Heimplanung 2010 umsetzen - Sozialbericht vorlegen.
4.2.	Ausgesteuerte Personen wieder in den Arbeitsprozess eingliedern.	Besondere Programme anbieten

3.5.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

1. Öffentliche Sicherheit

Das Therapiezentrum Im Schache wird infolge hoher Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung während Jahren voll ausgelastet sein. Die Belegung der Strafanstalt Schöngrün wird wie bisher Schwankungen unterliegen, wobei tendenziell aufgrund der Änderungen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 in den nächsten Jahren ein leichtes Sinken des Auslastungsgrades erwartet wird.

Die geplante Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Die Übernahme des EU- Rechts erhöht den Prüfrhythmus für bestimmte Fahrzeugkategorien (z.B. bei Lastwagen).

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und (straf-) rechtlicher Entwicklungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu. Neue strafprozessuale Bestimmungen, der Opferhilfebereich und neue Zuständigkeiten bei Gewalt im sozialen Nahbereich erfordern Rechtskenntnisse und eine hohe Sozialkompetenz sowie Professionalität, um jeweils vor Ort die verhältnismässigen Massnahmen zu treffen. Die Verhärtung der politischen Fronten und die Emotionalisierung der Medien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und senken die eigenen Toleranzgrenzen. Gesellschaftliche und sportliche Anlässe wie 1. Mai, Dorffeste, Fussball- und Eishockeyspiele und spontane Auseinandersetzungen unter verschiedenen Gruppierungen erfordern vermehrte Polizeipräsenz. Dies erlaubt der Polizei, rasch zu intervenieren und Ausschreitungen zu verhindern, beziehungsweise zu beenden. Für die angemessene Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses der heutigen Gesellschaft sorgt die personalintensive Polizeiphilosophie von community policing. Unter die bürgernahe Polizeiarbeit fällt der Kontakt mit Schulen, Gemeindebehörden, Veranstaltern, Asylzentren und der Bevölkerung. Er wirkt vorbeugend und vermit-

telt lokale Sicherheit. Die Reaktion der Polizei auf alle diese Veränderungen ergeben einen zusätzlichen Personalbedarf, weshalb der Polizei ab 2009 eine massvolle Korpserhöhung bewilligt worden ist.

2. Gesundheit

Die Legislaturziele 2005-2009 konnten mit der Schaffung der Solothurner Spitäler AG (soH) per 1. Januar 2006 bereits erreicht werden. In den kommenden Jahren geht es darum, die neue Unternehmung zu konsolidieren und die begonnenen Aufbauarbeiten auf der strategischen und kulturellen Ebene weiterzuführen. Die Zielsetzungen von Effizienzsteigerung und guter qualitativer Leistungserbringung in der Spitalversorgung im Kanton Solothurn bleiben erhalten. Dabei sollen die Kosten in der soH im gesamtschweizerischen Umfeld nur unterdurchschnittlich steigen.

Bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG wird aufgrund exogener Faktoren wie medizinischer Fortschritt und Altersstruktur der Bevölkerung mit einem jährlichen Wachstum gerechnet. Die am 21.12.2007 erfolgte KVG-Revision führt ab 1.1.2012 zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um eine Entlastung der Zusatzversicherungen auf Kosten der Kantone.

3. Soziale Sicherheit

Die Soziale Sicherheit ist im Kanton Solothurn das Aufgabengebiet, das die drittgrössten Ausgaben nach sich zieht. Wie im Vorjahr ist unabhängig von der Höhe der Leistung die grösste Gruppe mit 65'000 Personen jene, die Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung erhalten (ca. 25% der Bevölkerung), gefolgt von 24'000 resp. 9'500 Personen, die Alters- und IV-Renten beziehen (ca. 15% der Bevölkerung). 9'500 Personen beziehen Sozialhilfe und 5'900 Personen sind arbeitslos. Diese Zahlen zeigen, dass die sozialen Sicherungssysteme breiten Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

Der Kanton entwickelt seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Migration, Gleichstellung, Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheit-Krankheit-Sucht, Behinderung, Gewalt-Kriminalität, Alter.

Aus dem Sozialbericht ergeben sich dabei entlang der aufgeführten Lebens- und Problemlagen folgende schwergewichtigen Erkenntnisse:

- die finanzielle Situation ist für viele Familien angespannt - Haushalte mit Kindern bilden die grösste Gruppe in der Sozialhilfe. Ein Entwurf für Ergänzungsleistungen an wirtschaftlich schwächere Familien liegt departementsintern vor.
- Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch mit Schwierigkeiten verbunden. Die Förderung von familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten ist verstärkt angelaufen. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt.
- die Arbeitslosenquote ist bei den Jugendlichen besonders hoch. Mit entsprechenden Programmen (u.a. Case management in der Berufsbildung) werden die Angebote erweitert.
- die Integration der Ausländer/innen ist unzureichend. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem der Deutschunterricht beginnt zu greifen.
- Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe sind ungenügend koordiniert. Mit der Bildung von Sozialregionen (Anlaufstelle als Triage) und der neu gebildeten Case management-Stelle wird Gegensteuer gegeben.
- Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Frühförderung, etc.)
- die berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in den primären Arbeitsmarkt ist schwieriger. Die 4. und die 5. IV-Revision erbringen verbesserte Rahmenbedingungen. Hier ist vor allem die IV-Stelle mit der Umsetzung gefordert, aber auch die Wirtschaft, welche freiwillig Hand zu adäquaten Lösungen bietet.

- Prävention und Sicherstellung der Pflege sind wichtige Herausforderungen im Alter. Das Projekt sanaprofil, Gesundheitsförderung im Alter, ergänzt die bestehenden Pfeiler der häuslichen Pflege und der Langzeitpflege optimal.

Aufgrund dieser Feststellungen ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen nach wie vor eine grosse Herausforderung. Die geplanten Sozialregionen und die Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

3.5.4. Massnahmen

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
5.01 Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen (PB 45, 46, 47, 48) - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007. Umsetzung mit Ausbildung und Anstellung im 2. Semester 2008.	Dez 07	Mai 07		
5.02 Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission	i.A.	05	KRB SGB 009/2007 vom 14.3.2007. Realisierungsphase	Dez 07		KRB SGB 009/2007 vom 14.3.2007. Realisierungsphase	Dez 08
5.03 Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.) (PB 45, 46, 47, 48) - Schulung der polizeilichen Kontaktbeamten	erl.	05	Schulung erfolgt		Okt 06		
5.04 Regelung betreffend Vermummungsverbot bei Demonstrationen	erl.	05	KRB RG 007b/2007 vom 15.5.2007.	Dez 07	Mai 07		
5.05 Regelung betreffend Wegweisungsartikel - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007.	Dez 07	Mai 07		
5.06 Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) - Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten	i.A.	05	Auftrag zur Überprüfung der kt. Sicherheitsstruktur an Experten erteilt	Dez 07		IST-Zustand erhoben - allfällige Folgeaufträge (sofern Handlungsbedarf) erteilt	Dez 08
5.07 Ausser- und Innerkantonale Bewältigung der EURO 08	i.A.	08				Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit während der EURO 08	Jul 08
5.08 Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und -prävention erarbeiten	erl.	05	Strategie durch Ddl verabschiedet		Nov 06		
5.09 Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen). - Projekt „fit + rank“ in weiteren Schulen des Kantons	i.A.	05	2007 in 5 Gemeinden umgesetzt	Dez 07		in 6 Gemeinden umgesetzt	Dez 08
5.10 Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherschutz) - Änderung des Gesundheitsgesetzes	erl.	05	KRB RG 068/2006 vom 30.8.2006, Volksabstimmung 26.11.2006		Nov 06		
5.11 Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006	erl.	05	Solothurner Spitäler AG in Betrieb		Jan 06		
5.12 Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste (Budget 2006 um 2 Mio. Franken, ab 2007 um 4 Mio. Franken gekürzt)	i.A.	05	GB-Kredit-Tranche 2007 eingehalten	Dez 08		GB-Kredit-Tranche 2008 eingehalten	Dez 08
5.13 Gesundheitsförderung im Alter (so pra) - Umsetzungskonzept erarbeiten	erl.	05	RRB 2006/1664 vom 12.9.2006		Sep 06		
5.14 Suchtprävention - Konzept erarbeiten	i.A.	05	Leitbild liegt vor	Dez 07		RRB Leitbild liegt vor	Feb 08
5.15 Modifiziertes Prämienverbilligungsmodell KVG (Kinder und Jugendliche)	erl.	05	KRB SGB 125/2006 vom 5.12.2006		Dez 06		
5.16 Unterstützung wirtschaftlich schwacher Familien (PB 23); Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (PB)	i.A.	05	Entwurf B+E liegt vor	Dez 07		B+E liegt vor	Sep 08
5.17 Sozialplanung umsetzen	i.A.	05	Einzelne Konzepte liegen vor	Dez 07		Massnahmenplan wird modular aufgebaut	Dez 08
5.18 Heimplanung 2010	erl.	05	neu: Heimplanung 2012 KRB SGB 069/2006 vom 30.8.2006		Aug 06		

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

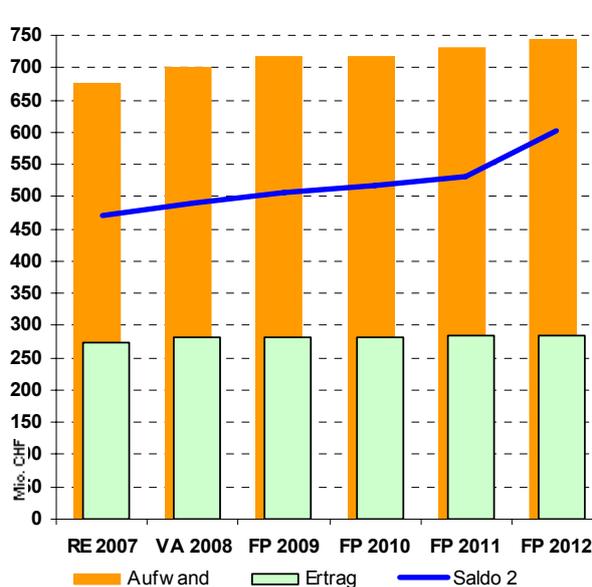
i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
5.19 Bekämpfung Gewalt, insbesondere Jugendgewalt	i.A.	05	RRB 2007/1758+1759 Umsetzungskonzept und Finanzierung; einige Kampagne	Dez 07		RRB 2007/1758+1759 Umsetzungsphase	Dez 08
5.20 Integration von ausländischen Staatsangehörigen verstärken	i.A.	05	Schlussbericht liegt vor	Dez 07		RRB Schlussbericht liegt vor	Jan 08
5.21 Die kantonalen Behindertendienste (KBDS) - Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wyssstei bis 2008 verselbständigen	i.A.	05	Projekt entwickelt	Dez 07		Projekt umgesetzt	Jul 08
5.22 Integration von Menschen mit Behinderungen angehen (vgl. bestehendes Leitbild, RRB 2004/1897 vom 14. September 2004)	i.A.	05	Konzept muss in Zusammenhang mit den Auswirkungen der 5. IV-Revision überprüft werden	Dez 07		Übertragung auf IV-Stelle	Dez 08
5.23 Solo-pro-Arbeitsplätze für ausgesteuerte erwerbslose Personen und Gemeindearbeitsplätze (Sozialhilfe und Gegenleistung) situativ anbieten (RRB 2005/1436 vom 4. Juli 2005)	i.A.	05	Wurde für 2007 um ein weiteres Jahr verlängert (RRB 2006/2138 vom 28.11.2006 gestützt auf einen departementalen, provisorischen Evaluationsbericht vom	Dez 06		Wurde für 2008 um ein weiteres Jahr verlängert (RRB 2007/2001 vom 27.11.2007)	Dez 08
5.24 Verschiedene Vorhaben - insbesondere auch struktureller Art - im Rahmen des Sozialgesetzes- festlegen (Verteilschlüssel soziale Sicherheit Kanton-Einwohnergemeinden vereinfachen, Sozialregionen bilden)	erl.	05	Aus Sicht des Regierungsrates erledigt (B+E 2005/1617 vom 12.7.2005). Letzte Stellungnahme des Regierungsrates zu den Anträgen der Redaktionskommission mit RRB 2006/2237 vom 12.12.2006.		Jul 05		
5.25 Familienpolitik koordinieren, Modelle zur Familienförderung prüfen (Familienbeihilfen, familienergänzende Betreuungsplätze)	erl.	05	RRB liegt vor; neue Pflegekinderkonzeption liegt vor (Tages- und Familienpflege, Kindertagesstätten, Kinderheime)	Dez 07	Dez 07		
5.26 Freiwilligenarbeit fördern durch Vergabe eines Sozialpreises, einschliesslich Auszeichnungenpreisen aus Mitteln des	erl.	05	RRB 2006/491 vom 7.3.2006		Mrz 06		
5.27 Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren	i.A.	05	Projekt zurückgestellt	Dez 07		Massnahmen prüfen	Dez 08
5.28 Sozialgesetz erlassen	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 06	Jan 07		
5.29 Gesetzgebung NFA Bund-Kantone Bereich soziale Sicherheit ausarbeiten	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 10	Jan 07		
5.30 Sozialbericht auswerten	erl.	05	Auswertung liegt vor		Jan 06		

3.5.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	313.5	334.5	345.0	348.8	351.9	354.0
Ertrag	-60.4	-58.9	-58.1	-58.1	-58.1	-58.1
Saldo 1	253.1	275.5	286.9	290.7	293.8	295.9
Verrechnungen	1.6	2.9	3.0	3.0	3.0	3.0
Saldo 2	254.8	278.4	289.9	293.7	296.8	298.9
Finanzgrössen						
Aufwand	361.5	366.9	371.2	381.6	392.6	461.3
Ertrag	-212.0	-222.2	-223.3	-226.4	-228.4	-228.4
Saldo 1	149.4	144.7	147.9	155.2	164.1	232.9
Verrechnungen	66.2	67.4	68.6	69.7	69.7	69.7
Saldo 2	215.7	212.0	216.5	224.9	233.9	302.6
Saldo total	470.5	490.5	506.4	518.6	530.7	601.5

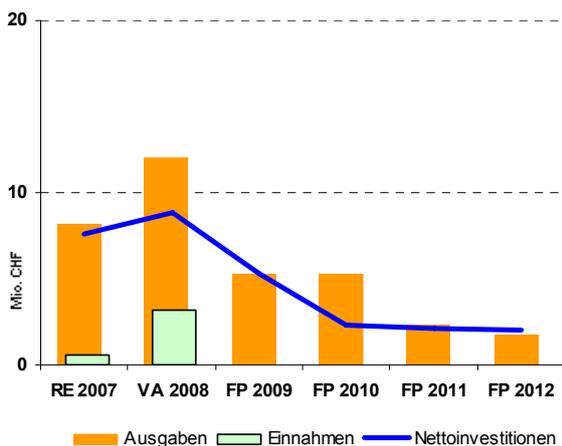


Bemerkungen

Die Aufwandsteigerung zwischen RE 2007 und FP 2012 von 131 Mio. Fr. (Saldo 2) ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Steigende Gesundheitskosten von ca. 3-4% jährlich (soH: +26 Mio. Fr, Kostengutsprachen gemäss KVG +19 Mio. Fr.).
- KVG-Revision ab 1.1.2012 führt zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Fr.
- Bei der Polizei steigen die Aufwände aufgrund der Erhöhung des Korpsbestandes inkl. Jugendpolizei, der Polizeischule Hitzkirch, sowie der Betriebskosten Polycom (+ 8 Mio. Fr.).
- Übernahme des Massnahmenvollzuges von den Gemeinden aufgrund des neuen Sozialgesetzes (+9 Mio. Fr. im Afös, +5 Mio. Fr. in der Jugendanwaltschaft)

Investitionsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total						
Ausgaben	8.2	12.0	5.3	2.3	2.1	2.0
Einnahmen	-0.6	-3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.6	8.9	5.3	2.3	2.1	2.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Gesundheitsamt	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Strafanstalt	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzug	0.0	0.3	0.6	0.6	0.6	0.6
Polizei	7.2	8.4	4.5	1.6	1.4	1.3



Bemerkungen

Die hohen Investitionen in den Jahren 2007 bis 2009 sind auf die Investitionen bei der Polizei insbesondere auf das Projekt „Neues Sicherheitsfunknetz Polycom“ zurückzuführen. Die Einnahmen 2007/08 beziehen sich auf Kostenbeteiligungen von Dritten an diesem Projekt.

3.6. Volkswirtschaftsdepartment

3.6.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft und Arbeit; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz; Stiftungsaufsicht und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementsekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle und die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

3.6.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.2	Wirtschaftsstandort fördern	
3.2.1	Höhere Beschäftigung	Ansiedlung von Firmen und Ausbau bei bestehenden Betrieben
3.2.2	Missbräuche verhindern;	Durchführung von Arbeitsmarktkontrollen;
3.2.3	Arbeitslosigkeit bekämpfen.	- Stellensuchende rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern; - Weitere Ausbildungsangebote für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.
4.	Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten	
4.3.	Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern	Anlaufstellen (Intake) und Case Managementstellen aufbauen
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.2	Funktionsfähige und wirkungsorientierte Gemeinden	Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern

3.6.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die im IAFP beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 09-12. Das internationale wirtschaftliche Umfeld wurde seit Anfang 2006 von einer erhöhten Wachstumsphase mit einer positiven Konjunkturentwicklung geprägt. Diese Entwicklung hat einen starken Einfluss auf den Arbeitsmarkt und trug zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen bei. Die tiefen Arbeitslosenzahlen führen an einzelnen Orten bereits zu einem zunehmenden Fachkräftemangel. Die Solothurner Wirtschaft ist deshalb von einem dauerhaften Strukturwandel betroffen.

Die paritätische Kommission Aufgabenreform Gemeinden Kanton will bis Ende 2009 die weitere Aufgabeneinflechtung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden und im Anschluss daran den indirekten Finanzausgleich im letzten noch verbleibenden Bereich, den Lehrerbildungsunterstützungen, überprüfen.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristischbedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Vogelgrippe usw.). Durch spezifische Einsatzplanungen und entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznahe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen, was zu einer zunehmenden Verflechtung im grenznahen Raum führen kann.

3.6.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
6.01	erl.	05	Beschluss anl. des RR-Seminars vom 7./ 8. Aug. 07	Dez 06	Aug 07		
6.02	erl.	05	Beschluss Plenum NWRK vom 8. Juni 2007	Dez 08	Jun 07		
6.03	erl.	05	Wechsel zum Status 'einfaches Vereinsmitglied', wie auch BE, FR, VS	Dez 06	Dez 07		
6.04	erl.	05	Für die Aufgabengebiete mit Pflicht zur interkantonalen Zusammenarbeit nach NFA werden die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten mit den Partnerkantonen geleistet	Dez 07	Dez 07		
6.05	erl.	05	Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern: Anlaufstellen (Intake) und Case Managementsstellen aufbauen. Wird durch die IV-Stelle bearbeitet. (SO+ 49)	RRB 2005/2589 vom 12. Dez 2005 und RRB 2005/2717 vom 20. Dez. 2005	März 07 Jun 07		
6.06	erl.	05	Schaffung gesetzlicher Grundlage für die Gemeinden zur Einführung der Frühdefibrillation bei Herznotfällen durch die Feuerwehr (Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz).	RRB / B+E 2007/406 vom 12. März 2007	Kein Termin	Mrz 07	
6.07	erl.	05	Neuverhandlung der Leistungsvereinbarung mit der Regio Basiliensis / Oberrheinkonferenz	RRB 2006/1042	Dez 05	Mai 06	
6.08	DA	07	Beschluss über die Weiterführung, Auflösung oder Beitritt zu interkant. oder internat. Organisationen oder Teilnahme bei Projekten	Beschluss anl. des RR-Seminars vom 7./ 8. Aug. 07		Aug 07	
6.09	i.A.	07	Anpassung Verordnung Stiftungsaufsicht und EG ZGB	verschoben auf 08 wg. neuem RAG und OR	Dez 07		RRB; B+E Dez 08
6.10	i.A.	08	Überprüfung Zusammenarbeit Aufsichtsbehörden BS/BL/SO/AG				Entscheid Zusammenlegung Dez 09
6.11	erl.	05	Umsetzen 1. BVG-Revision - Überprüfen der geänderten Reglemente - Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26 - Reduktion der Anlagen beim Arbeitgeber	umgesetzt	Dez 07	Dez 07	
6.12	i.A.	05	Umsetzung neues Stiftungsrecht aufgrund des neuen Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und der Bestimmungen des Obligationenrechts (OR) per 1.1.2008 - Eintragung aller Stiftungsräte im Handelsregister - Wahl einer Revisionsstelle / Befreiungsgesuch - Umsetzung	umgesetzt	Dez 07	Dez 07	Umsetzen Umsetzen Dez 09 Dez 09
6.13	i.A.	08	Leistungsvereinbarungen zum Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Regelung der Kontrollaufgaben des Kantons und der Entschädigung durch den Bund	Verhandlungen mir dem seco Abschluss der Vereinbarungen durch RRB	Sep 07 Dez 07		in Bearbeitung; Verzögerung durch seco Mrz 08 Mrz 08
6.14	i.A.	08	Projekt Neukonzeption des AVAM Sicherstellen der Datenhaltung und der Datenbewirtschaftung im Bereich RAV/LAM/KAST	Einführung RE 1 Organisatorische Grundlagen RE 2 Vorbereitungsarbeiten RE 2 Einführung und Schulung RE 2 Operativ Setzung (8.9.2008)	Mrz 07 Jun 07 Dez 07 Jun 08	Mrz 07 Jun 07	Verzögerung durch Bund Mrz 08 Sep 08 Sep 08
6.15	i.A.	08	Gesetzgebungsprojekt "Volkswirtschaftsgesetz" Effizientere, kundenorientierte und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft.				Studie Borer Festlegen Projektorganisation Einsetzen Expertenkommission Beraten Expertenkommission B+E Vernehmlassung B+E im KR 2009 2009 2009 2010 2011

		Vollzugskontrolle			Planung			
		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
Nr. Vorhaben								
6.16	Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien	i.A.	08				Berichtsvorlage	Jun 08
6.17	Bekämpfung Schwarzarbeit - EG zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (EG BGSA; Botschaft und Entwurf) - Weisungen zu Tänzerinnen-Bewilligungen - Schwarzarbeitskontrolle „Nero sei“ - Schwarzarbeitskontrolle „Nero sette“	erl.	05	KRB RG 087-2007 vom 29. Aug. 2007 abgesagt durchgeführt wird durchgeführt	Jun 07 Dez 07	Jun 07 Okt 06		
6.18	Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit - Vereinbarung mit seco abschliessen - Reorganisation der Arbeitsmarktkontrollstelle	erl.	06	abgeschlossen Leiter eingestellt 1.7.06	Dez 06 Dez 06	Jun 06 Jul 06		
6.19	Umsetzungsprogramm Neue Regionalpolitik ausarbeiten	erl.	07	RRB 2007/149 vom 29. Januar 2007 RRB 2007/1199 vom 3. Juli 2007	Sep 07	Jan 07		
6.20	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen: Konzept Werkklassen ausarbeiten	DA	05	Berufswahlplattform durchführen Berufsinfomesse Olten/Grenchen beteiligen Sprungbrett Event Thun durchführen			Berufswahlplattform durchführen Berufsinfomesse Olten/Grenchen beteiligen Sprungbrett Event Thun durchführen Studie EM: Vorprojekt Hauptprojekt	Mrz 08 Dez 08
6.21	Schöneres Umfeld für Trauungen: Anderes Traulokal für das Zivilstandsamt Olten-Gösgen	i.A.	05	Verzögerung wg. Einsprache Standortgemeinde	Dez 07		Bezug der Räumlichkeiten	Dez 08
6.22	Neue Rechnungslegung / Bilanzbewertung (HRM 2) für Gemeinden: Revision Rechnungsmodell	i.A.	06	Verschoben wg Verzögerung bei der Finanz-			Handbuch in Kraft gesetzt	2011
6.23	Unterstützung für finanziell notleidende Gemeinden in Randregionen (RRB 2007/1935 vom 20. Okt. 2007) inkl. Anpassung Regelung zur Unterstützung von Machbarkeitsstudien bei Zusammenschlüssen	i.A.	08				Arbeitsgruppe zusammenstellen Konzept erarbeiten Gesetzesanpassung	Dez 09
6.24	Umsetzung Aufgabenreform "Kanton - Gemeinden" Klärung der Aufgabenteilung	i.A.	07				Beschlüsse zur Aufgabenteilung	Dez 08
6.25	Überarbeiten der Richtlinien für Gemeindearchive	erl.	05	Verfügung VWD	Dez 06	Dez 06		
6.26	Revision der kant. Zivilstandsverordnung (VDZ)	erl.	05	RRB 2006/2245 vom 12. Dezember 2006	Dez 06	Dez 06		
6.27	Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes: Vorabzug für Kirchenwesen DBK aus Finanzausgleichssteuer (Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Nichteintreten auf KOKO+Massn. durch KR	Dez 06	Mai 06		
6.28	Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern	DA	05	2 pro Jahr 2 erreicht	Dez 07	Dez 07	2 pro Jahr	Dez 08
6.29	NFA: Einführung einer leistungsorientierten Förderungspolitik des Bundes mit Programmvereinbarung (Bund - Kanton) und entsprechenden Vereinbarungen mit den Waldeigentümern. Vollzug erfolgt mit Inkraftsetzung des NFA - 2008	i.A.	05	Vereinb. mit Bund Regelung Kanton - Waldeigentümer Anpassung Waldgesetz erfolgt RRB B+E vom 3.Juli 2007/1232.	Dez 07 Dez 08 Dez 07	Jul 07	Vereinb. mit Bund Regelung Kanton - Waldeigentümer	Mrz 08 Dez 08
6.30	Teilrevision Waldgesetzgebung; bis 2009 abgeschlossen (im Anschluss an die Teilrevision Bundeswaldgesetz)	i.A.	05	Antrag Urek SR auf Nichteintreten			RRB B+E	Dez 09
6.31	Totalrevision Fischereigesetz (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	i.A.	05	Kenntnisnahme Vernehmlassung RRB 2007/1426 vom 27. Aug 2007 Gesetz B+E RRB 2007/1741 vom 22. Oktober 2007 Eckpfeiler Verordnung	Jun 07 Dez 07 Dez 07	Aug 07 Okt 07 Dez 07	RRB Verordnung Inkrafttreten	Mrz 09 Mrz 09
6.32	Schutz vor Naturgefahren: „Wald mit besonderer Schutzfunktion“ Genehmigung der ersten Projekte	i.A.	05	Ermittlung Handlungsbedarf erl.			Genehmigung von Projekten	Dez 08

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.

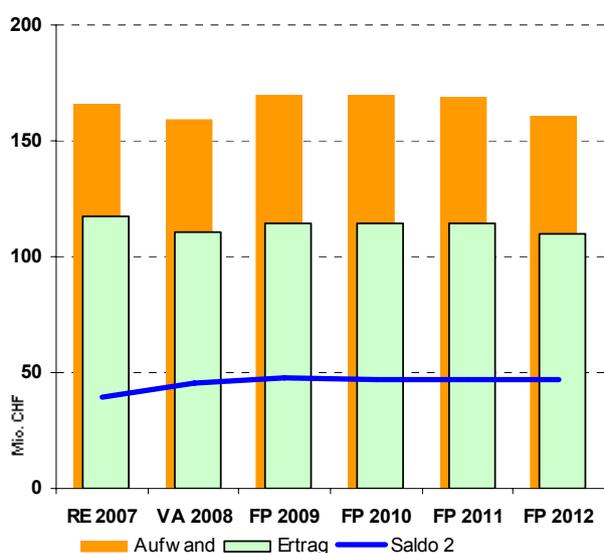
i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.

sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 08 IAFP 09 - 12	Soll-Termin
6.32 Schutz vor Naturgefahren: „Wald mit besonderer Schutzfunktion“ Genehmigung der ersten Projekte	i.A.	05	Ermittlung Handlungsbedarf erl.			Genehmigung von Projekten	Dez 08
6.33 Wildtierkorridore Berücksichtigung und Aufnahm der Wildtierkorridore in den Richtplan Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindungen zwischen ansonsten getrennten Lebensräumen für bestimmte	i.A.	08	Schlussbericht "Wildtierkorridore..." liegt vor			RRB durch ARP Berücksichtigung in Planungen Landw. / Strassen etc	Sep 08 Dez 11
6.34 Gewährung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen im Wald. Beschluss Kantonsrat (061/2007)	erl.	06	Ermittlung Handlungs- und Finanzbedarf	Dez 07	Aug 07		
6.35 NFA: Es entfallen die kantonalen Beiträge an die Tierzucht sowie im Gegenzug die Bundesbeiträge an die landwirtschaftl. Beratung. Bisherige Finanzkraftzuschläge werden gestrichen.	i.A.	05	Gesetzesanpassungen Landwirtschaftsgesetz an NFA; B+E RRB 2007/1232 vom 3. Juli 2007	Dez 07	Jul 07	fak. Referendum läuft am 15.02.2008 ab Verlagerung Bundesbeiträge vom NHG zu ÖQV Konzept Beitragssätze erstellt	Mrz 08 Mrz 08
6.36 Agrarpolitik 2011	i.A.	08	Vernehmlassung zu Bundesratsverordnung			Teil 1 erl. Teil 2 KRB zu Gesetzg. Landw. Umsetzung Veterinärbereich GELAN Extranet umges. Flächenerhebung im GIS	Mrz 08 Mrz 08 Dez 09 Dez 10 Dez 10
6.37 Tierseuchen I: BVD Eradikation	i.A.	08				Jedes Tier 1x getestet BVD-frei	Dez 08 Dez 11
6.38 Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit	i.A.	08				Geeignete Schutzmassnahmen getroffen	Dez 11
6.39 Regelung der Hundehaltung: Neuvorlage Hundegesetz (Botschaft und Entwurf)	erl.	05	RRB 2006/1223 vom 26. Juni 2006, KRB RG 070a/2006 vom 7.11.2006; die Verordnung wird vorbereitet.	Dez 06	Jun 06		
6.40 Auflösung Konkordat mit FH Wädenswil - neu: Ausrichten von Schulgeldern	erl.	05	RRB 2006/1666 vom 12. Sept. 2006 RRB B+E	Sep 06	Sep 06		
6.41 Notfallkonzept zur Bekämpfung der Vogelgrippe - Koordination der Bekämpfung ist mit dem Kantonalen Führungsstab definiert - Materielle Ressourcen sind vorhanden - Ausbildung der Beteiligten ist durchgeführt - Seuchenübung durchgeführt	erl.	06	abgeschlossen	Mrz 06 Jun 06 Sep 06 Dez 06	Dez 06		
6.42 Neuorganisation Veterinärdienst - Fleischkontrolle unter neuen Vorgaben des Lebensmittelgesetzes - Blaue Kontrollen: Ausbildung abgeschlossen – Beginn Kontrollen	erl.	06	abgeschlossen	Mrz 06 Jun 06 Jun 06 Dez 06	Dez 06		
6.43 Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) - Gesamt Notfallübung BS Bund/KFS SO (GNU) - Ausbildung/Stabstrainer KFS - Bundes-Übung SO beübt	i.A.	06	wird durchgeführt Notfallübung durchgeführt	Dez 07	Nov 07	Alle ausgebildet ausgebildet SO beübt	2010 2009 2011
6.44 Bildung und Ausbildung der Regionalen Führungsstäbe (RFS) zur Einsatzbereitschaft - Bildung RFS abgeschlossen - Info der Gemeindepräsidenten über Verantw. - Ausbildung aller RFS - Einsatzbereitschaft sichergestellt	i.A.	06	Bildung erfolgt		Dez 07	informiert ausgebildet sichergestellt	Mrz 08 2010 2010
6.45 Interkant. Feuerwehrausbildungszentrum /Gheid / ifa): Evaluation durch ext. Firma	erl.	05	RRB 2006/1508 vom 14. Aug. 2006 Standortentscheid ev. Kündigung	Mrz 06 Nov 06	Aug 06		

3.6.5. Finanzen (in Mio. Franken)

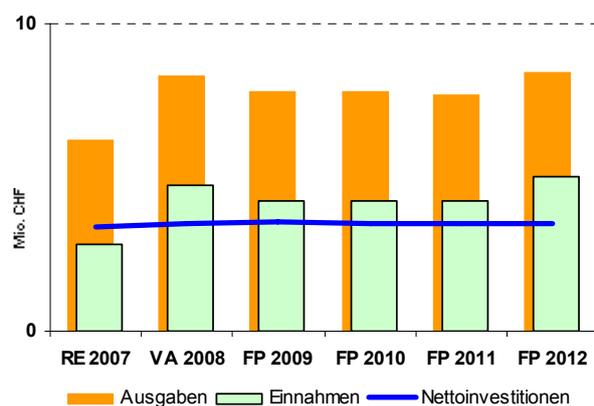
Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	132.3	130.5	136.4	136.8	137.1	134.4
Ertrag	-108.3	-101.3	-105.7	-106.1	-106.4	-103.8
Saldo 1	24.0	29.2	30.8	30.7	30.7	30.6
Verrechnungen	8.5	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8
Saldo 2	32.5	38.0	39.5	39.4	39.4	39.4
Finanzgrössen						
Aufwand	33.5	28.9	33.0	31.9	31.9	31.9
Ertrag	-9.2	-9.1	-8.5	-8.4	-8.4	-8.4
Saldo 1	24.3	19.8	24.4	23.5	23.5	23.5
Verrechnungen	-17.3	-12.3	-16.5	-15.6	-15.6	-15.6
Saldo 2	6.9	7.5	7.9	7.9	7.9	7.9
Saldo total	39.4	45.5	47.4	47.3	47.3	47.3



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Investitionsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Total						
Ausgaben	6.2	8.3	7.8	7.7	7.7	7.7
Einnahmen	-2.8	-4.8	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Nettoinvestitionen	3.4	3.5	3.6	3.5	3.5	3.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	1.1	0.4	0.3	0.2	0.2	0.2
Landwirtschaft SF UIF (FG)	0.5	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald (FG)	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Landwirtschaft (GB)	1.5	2.3	2.4	2.4	2.4	2.4



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7. Gerichte

3.7.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letzteres durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ hochstehende Entscheidungen bieten können.

3.7.2. Vorgaben Legislaturplanung

Im Legislaturplan 2005 - 2009 finden sich keine Vorgaben zu den Gerichten.

3.7.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

In der Planungsperiode werden die neuen Eidgenössischen Prozessordnungen (StPO und ZPO) umzusetzen sein. Als Ziel setzen sich die Gerichte, den sich abzeichnenden Mehraufwand in vernünftigen Grenzen zu halten. An der Erarbeitung der Einführungsgesetzgebung sind die Gerichte beteiligt.

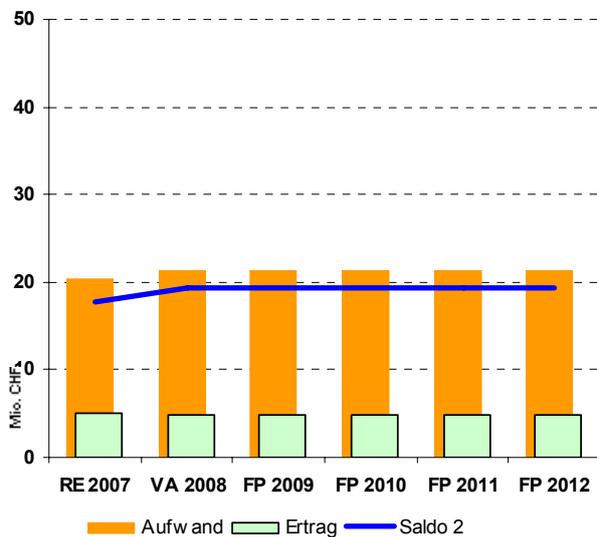
Eine weitere Herausforderung der Gerichte wird sein, aus den per 1. Januar 2008 neu eingeführten Instrumenten der wirkungsorientierten Verwaltungsführung die richtigen Schlüsse zu ziehen. In der Justiz gilt es die richtige Balance zu finden zwischen Schnelligkeit und Qualität. Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass ihre Anliegen von den Gerichten schnell entschieden werden. Dies darf aber nicht mit einer Verminderung der Qualität verbunden sein.

3.7.4. Massnahmen

Es sind keine Massnahmen geplant, die über organisatorische Projekte hinausgehen. Die Gerichte sind bei der Gestaltung ihrer Aufgaben, wie eingangs ausgeführt, weitgehend auf gesetzliche Bestimmungen angewiesen, über die nicht sie, sondern Parlament und Volk entscheiden. Die Gerichte haben in diesem Zusammenhang, anders als die allgemeine Verwaltung, kein Recht, mit Botschaft und Entwurf an das Parlament zu gelangen.

3.7.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Erfolgsrechnung	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudgets						
Aufwand	20.3	21.3	21.3	21.3	21.3	21.3
Ertrag	-5.1	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo 1	15.2	16.4	16.4	16.4	16.4	16.4
Verrechnungen	2.5	2.9	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo 2	17.7	19.4	19.4	19.4	19.4	19.4
Finanzgrössen						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo total	17.7	19.4	19.4	19.4	19.4	19.4



Bemerkungen

Bei den Gerichten ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen bei den Finanzen.

4. Anhang 1: Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrössen zur Organisationsstruktur

Die aufgelistete Struktur entspricht dem Stand des Voranschlages 2008. Profitcenter welche keine Buchungen mehr im Jahr 2008 haben, werden nicht mehr aufgeführt.

1. Behörden und Staatskanzlei

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	PC5615 Parlamentsdienste
Dienstleistungen der Staatskanzlei	PC580 Staatskanzlei
Drucksachen/Lehrmittelverlag	PC582 Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	P5610 Kantonsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	P5620 Regierungsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	P5621 Berufliche Vorsorge Regierungsrat (SF)

2. Bau- und Justizdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung BJD	PC600 Departementssekretariat
Raumplanung	PC601 Amt für Raumplanung
Hochbau	PC602W Hochbauamt
Strassenbau	PC603W AVT Strassenbau
Öffentlicher Verkehr	PC6038A Öffentlicher Verkehr
Umwelt	PC6040 Amt für Umwelt
Denkmalpflege und Archäologie	PC605 Amt für Denkmalpflege und Archäologie
Geoinformationen	PC606 Amt für Geoinformationen
Jugendanwaltschaft	PC6108 Jugendanwaltschaft
Staatsanwaltschaft	PC6110 Staatsanwaltschaft
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Hochbau	P6028 Grundstücke und Verschiedenes
Hochbau	P6029 Subventionierter Wohnungsbau
Strassenbau	P6035 Kantonsstrassenbau (SF)
Strassenbau	P6037 Nationalstrassenbau (SF)
Strassenbau	P6039 Finanzierung Strassenbaufonds
Umwelt	P6043 Altlastenfonds (Spezialfinanzierung)
Umwelt	P6044 Abwasserfonds (Spezialfinanzierung)
Umwelt	P6046 Entsorgungsfonds (Spezialfinanzierung)
Umwelt	P6047 Deponienachsoorgefonds (SF)
Staatsanwaltschaft	P6111 STAWA Finanzgrössen
IR Öffentlicher Verkehr	P6038B Öffentlicher Verkehr IR
IR Umwelt	PC6040 Amt für Umwelt
IR Geoinformationen	PC606 Amt für Geoinformationen

3. Departement für Bildung und Kultur

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	PC620 Departementssekretariat
Volksschule und Kindergarten	PC625W Amt für Volksschule und Kindergarten
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen	PC6260 Amt für Berufs-, Mittel- und Hochschulen
Kultur und Sport	PC627 Amt für Kultur und Sport
Mittelschulbildung	PC630W Mittelschulen
Fachhochschulbildung	PC634 Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn
Berufsschulbildung	PC635W BBZ Solothurn / Olten
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	PC635E Gesundheitsberufe
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	P6230 Schulgelder
Volksschule und Kindergarten	P6254 Volksschulen
Volksschule und Kindergarten	P6256 Kindergarten
Volksschule und Kindergarten	P6257 Sonderschulen
Volksschule und Kindergarten	P6258 Musikschulen
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahn	P6262 Lehrabschlussprüfungen und Bundessubv.
IR Führungsunterstützung DBK	P6303 Kantonale Schulen
IR Führungsunterstützung DBK	PC620 Departementssekretariat (Abt. Stipendien)

4. Finanzdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung FD und Amtschreiber	PC640 Departementssekretariat
Finanzen und Statistik	P6410 Amt für Finanzen
Personalwesen	P6420 Personalamt
Steuerwesen	P6430 Steueramt
Informationstechnologie	PC644 Amt für Informatik und Organisation
Staatsaufsichtswesen	PC650 Kantonale Finanzkontrolle
Führungsunterstützung FD und Amtschreiber	PC651 Amtschreiberei-Inspektorat
Amtschreiberei-Dienstleistungen	PC653 Amtschreibereien
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Finanzen und Statistik	P6416 Bundesanteile
Finanzen und Statistik	P6417 Vermögenserträge
Finanzen und Statistik	P6418 Zinsendienst
Finanzen und Statistik	P6419 Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne
Personalwesen	P6421 Sozialversicherungsbeiträge
Personalwesen	P6423 Unfallkasse (Spezialfinanzierung)
Personalwesen	P6426 GAV Krankentaggeldversicherung
Steuerwesen	P6432 Kantonale Steuern
Finanzen und Statistik	P6499 Teuerungsausgleich und GAV

5. Departement des Inneren

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	PC661W Gesundheitsamt
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgu	PC662W Spitäler
Soziale Sicherheit	PC665W Amt für soziale Sicherheit
öffentliche Sicherheit	PC666W Amt für öffentliche Sicherheit
Administrative und technische Verkehrssicher	PC6670 Motorfahrzeugkontrolle
Justizvollzug	PC6672 Justizvollzug ab 1.1.2008
Polizei	PC668 Polizei
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	P6614 Spitalbehandlungen gemäss KVG
Soziale Sicherheit	P6653 Sozialversicherungen
Soziale Sicherheit	P6654 Soziale Dienste
Soziale Sicherheit	P6655 Soziale Institutionen
Soziale Sicherheit	P6656 Sozialhilfe und Asyl
öffentliche Sicherheit	P6669 Taggelder Strafvollzug
Administrative und technische Verkehrssicher	P6671 Verkehrseinnahmen und deren Verwendung
IR Gesundheit	PC661W Gesundheitsamt
IR Justizvollzug	PC6672 Justizvollzug ab 1.1.2008
IR Polizei	PC668 Polizei

6. Volkswirtschaftsdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsau	PC680 Departementssekretariat
Wirtschaft und Arbeit	PC681 Amt für Wirtschaft und Arbeit
Gemeinden und Zivilstandsdienst	PC6850 Amt für Gemeinden
Wald, Jagd und Fischerei	PC690 Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Landwirtschaft	PC695W Amt für Landwirtschaft
Militär und Bevölkerungsschutz	PC698 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6852 Finanzausgleich-/Fusionsbeitrage
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6853 Finanzausgleich Einwohnergemeinden (SF)
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6854 Finanzausgleich Kirchgemeinden (SF)
Landwirtschaft	P6955 Zufahrt zu Berghofen (SF)
Landwirtschaft	P6958 Tierseuchenkasse (SF)

7. Gerichte

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	PC70 Gerichte
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	P7100 Gerichte (Bussen, Abschreibungen)

5. Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung

5.1. Behörden und Staatskanzlei

Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	0.6	0.7	0.6	0.6	0.7	0.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	0.6	0.7	0.6	0.6	0.7	0.6
Verrechnungen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo 2	0.9	1.0	0.9	0.9	1.0	0.9
Finanzgrösse Kantonsrat						
Aufwand	0.9	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	0.9	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2
Verrechnungen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo 2	1.0	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Dienstleistungen der Staatskanzlei						
Globalbudget						
Aufwand	10.2	11.6	11.2	11.2	11.2	11.2
Ertrag	-3.0	-3.2	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Saldo 1	7.2	8.4	8.2	8.2	8.2	8.2
Verrechnungen	-5.9	-6.2	-6.0	-6.0	-6.0	-6.0
Saldo 2	1.3	2.3	2.2	2.1	2.2	2.2
Finanzgrösse Regierungsrat						
Aufwand	2.3	3.1	2.5	2.4	2.3	2.3
Ertrag	-0.2	-0.6	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo 1	2.1	2.4	2.4	2.3	2.2	2.2
Verrechnungen	-1.2	-1.2	-1.1	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo 2	0.9	1.3	1.2	1.2	1.1	1.1
Finanzgrösse Berufliche Vorsorge RR (SF)						
Aufwand	1.9	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Ertrag	-0.1	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo 1	1.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Verrechnungen	-1.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Drucksachen/Lehrmittelverlag						
Globalbudget						
Aufwand	4.9	5.8	5.4	5.4	5.4	5.4
Ertrag	-2.8	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Saldo 1	2.0	2.8	2.5	2.5	2.5	2.5
Verrechnungen	-2.7	-2.8	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6
Saldo 2	-0.7	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1

Strassenbau	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	37.4	38.4	32.6	32.2	32.9	33.3
Ertrag	-11.7	-11.1	-1.3	-1.3	-1.2	-1.2
Saldo 1	25.7	27.3	31.3	30.9	31.7	32.1
Verrechnungen	2.6	3.2	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo 2	28.3	30.5	34.1	33.8	34.6	34.9
Finanzgrösse Kantonsstrassenbau (SF)						
Aufwand	59.0	57.4	55.7	42.4	49.5	29.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	59.0	57.4	55.7	42.4	49.5	29.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	59.0	57.4	55.7	42.4	49.5	29.3
Finanzgrösse Nationalstrassenbau (SF)						
Aufwand	3.6	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	3.6	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	3.6	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzierung Strassenbaufonds						
Aufwand	1.2	2.0	2.5	2.6	2.6	9.0
Ertrag	-26.9	-19.0	-20.2	-5.5	-13.4	0.0
Saldo 1	-25.7	-17.0	-17.7	-2.9	-10.8	9.0
Verrechnungen	-65.2	-71.3	-72.2	-73.3	-73.2	-73.2
Saldo 2	-90.9	-88.3	-89.9	-76.2	-84.1	-64.3
Öffentlicher Verkehr						
Globalbudget						
Aufwand	32.2	43.9	47.1	48.9	49.5	50.6
Ertrag	-12.4	-14.8	-16.0	-16.8	-16.9	-17.5
Saldo 1	19.8	29.0	31.1	32.1	32.6	33.1
Verrechnungen	1.9	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Saldo 2	21.7	30.6	32.6	33.6	34.1	34.6

Umwelt	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	13.0	15.5	14.5	14.6	14.6	14.6
Ertrag	-14.2	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0
Saldo 1	-1.2	2.6	1.5	1.7	1.6	1.6
Verrechnungen	5.9	5.7	5.7	5.7	5.7	5.7
Saldo 2	4.6	8.3	7.2	7.4	7.3	7.3
Finanzgrösse Altlastenfonds (SF)						
Aufwand	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Ertrag	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Abwasserfonds (SF)						
Aufwand	5.2	3.4	3.4	2.7	2.7	2.7
Ertrag	-5.2	-3.4	-3.4	-2.7	-2.7	-2.7
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Entsorgungsfonds (SF)						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Deponienachsorgefonds (SF)						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Denkmalpflege und Archäologie						
Globalbudget						
Aufwand	3.3	4.6	4.6	4.6	4.6	4.6
Ertrag	-1.3	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
Saldo 1	2.0	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Verrechnungen	0.8	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Saldo 2	2.8	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2
Geoinformationen						
Globalbudget						
Aufwand	1.6	1.7	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	1.4	1.6	1.5	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo 2	1.9	2.1	2.0	2.1	2.1	2.1

Jugendanwaltschaft	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	1.2	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Ertrag	-0.2	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Saldo 1	1.0	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0
Verrechnungen	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo 2	1.2	7.4	7.4	7.4	7.4	7.4
Staatsanwaltschaft						
Globalbudget						
Aufwand	7.0	7.3	7.3	6.8	6.8	6.8
Ertrag	-3.8	-3.8	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Saldo 1	3.3	3.5	3.6	3.1	3.1	3.1
Verrechnungen	2.4	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo 2	5.6	5.7	5.7	5.2	5.2	5.2
Finanzgrösse Staatsanwaltschaft						
Aufwand	1.4	1.0	2.0	2.0	3.0	3.0
Ertrag	-6.6	-5.3	-5.7	-5.7	-5.7	-5.7
Saldo 1	-5.2	-4.3	-3.7	-3.7	-2.7	-2.7
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	-5.2	-4.3	-3.7	-3.7	-2.7	-2.7

5.3. Departement für Bildung und Kultur

Führungsunterstützung DBK	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	8.9	11.7	12.2	12.7	12.7	12.7
Ertrag	-2.2	-2.1	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo 1	6.7	9.6	10.9	11.4	11.4	11.4
Verrechnungen	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo 2	5.7	8.6	9.9	10.4	10.4	10.4
Finanzgrösse Schulgelder						
Aufwand	63.2	71.9	72.1	74.6	76.6	76.6
Ertrag	-1.5	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Saldo 1	61.7	70.2	70.6	73.1	75.1	75.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	61.7	70.2	70.6	73.1	75.1	75.1
Volksschule und Kindergarten						
Globalbudget						
Aufwand	11.9	13.8	14.1	16.2	15.1	15.0
Ertrag	-2.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	9.4	13.8	14.1	16.2	15.1	14.9
Verrechnungen	1.9	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo 2	11.4	15.5	15.8	17.9	16.8	16.7
Finanzgrösse Volksschulen						
Aufwand	88.6	94.1	102.0	103.3	105.5	108.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	88.6	94.1	102.0	103.3	105.5	108.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	88.6	94.1	102.0	103.3	105.5	108.5
Finanzgrösse Kindergarten						
Aufwand	8.9	9.9	10.0	13.6	15.0	17.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	8.9	9.9	10.0	13.6	15.0	17.7
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	8.9	9.9	10.0	13.6	15.0	17.7
Finanzgrösse Sonderschulen						
Aufwand	15.6	65.1	66.1	66.1	65.9	65.9
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	15.6	65.1	66.1	66.1	65.9	65.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	15.6	65.1	66.1	66.1	65.9	65.9
Finanzgrösse Musikschulen						
Aufwand	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Berufsbildung, Berufs-, Studien- u. Laufbahnberatung						
Globalbudget						
Aufwand	5.4	8.7	8.7	8.9	9.6	9.6
Ertrag	-0.2	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Saldo 1	5.1	6.9	6.9	7.1	7.8	7.8
Verrechnungen	1.2	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Saldo 2	6.3	8.2	8.3	8.5	9.1	9.1
Finanzgrösse Lehrabschlussprüfungen						
Aufwand	3.2	15.3	15.4	15.4	15.4	15.4
Ertrag	-1.8	-14.1	-14.1	-14.1	-14.1	-14.1
Saldo 1	1.4	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	1.4	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3

Kultur und Sport	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	6.4	6.5	7.9	7.9	8.0	8.0
Ertrag	-1.8	-1.4	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Saldo 1	4.6	5.1	6.5	6.5	6.6	6.6
Verrechnungen	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo 2	5.6	6.2	7.6	7.6	7.7	7.7
Mittelschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	47.8	50.8	51.3	51.8	52.1	52.1
Ertrag	-11.2	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0
Saldo 1	36.6	40.8	41.3	41.8	42.0	42.0
Verrechnungen	9.9	11.3	11.3	11.3	11.3	11.3
Saldo 2	46.5	52.1	52.6	53.1	53.3	53.3
Fachhochschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	46.1	34.5	37.5	38.0	38.8	38.8
Ertrag	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	45.8	34.5	37.5	38.0	38.8	38.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	45.8	34.5	37.5	38.0	38.8	38.8
Berufsschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	43.0	47.6	49.4	49.4	49.4	49.4
Ertrag	-16.5	-17.2	-16.8	-16.3	-16.0	-16.0
Saldo 1	26.5	30.4	32.6	33.0	33.4	33.4
Verrechnungen	8.6	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0
Saldo 2	35.1	40.4	42.6	43.0	43.4	43.4
Berufsschulbildung im Gesundheitsbereich						
Globalbudget						
Aufwand	9.0	9.6	9.7	9.7	9.7	9.7
Ertrag	-2.8	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7
Saldo 1	6.1	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0
Verrechnungen	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Saldo 2	7.5	8.4	8.5	8.5	8.5	8.5

5.4. Finanzdepartement

Führungsunter. FD u. Amtsschreiberei	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	1.3	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	1.3	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Verrechnungen	-0.7	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Saldo 2	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Finanzen und Statistik						
Globalbudget						
Aufwand	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3	2.3
Ertrag	-1.3	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
Saldo 1	0.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Verrechnungen	-0.6	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo 2	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Bundesanteile						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-226.0	-353.0	-353.8	-354.8	-355.7	-355.7
Saldo 1	-226.0	-353.0	-353.8	-354.8	-355.7	-355.7
Verrechnungen	17.7	23.0	22.8	22.8	22.8	22.8
Saldo 2	-208.3	-330.0	-331.0	-332.0	-333.0	-333.0
Finanzgrösse Vermögenserträge						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-17.8	-17.5	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8
Saldo 1	-17.8	-17.5	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	-17.8	-17.5	-14.8	-14.8	-14.8	-14.8
Finanzgrösse Zinsendienst						
Aufwand	32.4	29.8	24.8	24.8	24.8	24.8
Ertrag	-1.2	-2.0	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
Saldo 1	31.2	27.8	22.3	22.3	22.3	22.3
Verrechnungen	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo 2	31.5	28.1	22.5	22.5	22.5	22.5
Finanzgrösse Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne						
Aufwand	104.0	34.1	39.2	40.2	41.2	41.2
Ertrag	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	103.9	34.1	39.2	40.2	41.2	41.2
Verrechnungen	-34.5	-37.4	-36.7	-36.7	-36.7	-36.7
Saldo 2	69.4	-3.3	2.5	3.5	4.5	4.5

Personalwesen	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	4.8	4.9	4.9	5.2	5.2	5.2
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo 1	4.5	4.8	4.8	5.0	5.0	5.0
Verrechnungen	-4.6	-4.8	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo 2	-0.1	0.0	-0.1	0.1	0.1	0.1
Finanzgrösse Sozialversicherungsbeiträge						
Aufwand	4.0	2.4	2.7	2.5	2.5	2.5
Ertrag	0.0	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Saldo 1	4.0	1.6	1.9	1.7	1.7	1.7
Verrechnungen	-0.6	-1.6	-1.6	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo 2	3.4	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Unfallkasse (SF)						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse GAV Krankentaggeldversicherung						
Aufwand	1.5	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Ertrag	-1.5	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Steuerwesen						
Globalbudget						
Aufwand	25.6	26.7	26.3	26.1	26.1	26.1
Ertrag	-13.1	-12.4	-12.4	-12.4	-12.4	-12.4
Saldo 1	12.5	14.3	14.0	13.7	13.7	13.7
Verrechnungen	8.4	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8
Saldo 2	20.9	23.1	22.7	22.5	22.5	22.5
Finanzgrösse Kantonale Steuern						
Aufwand	15.4	14.6	14.6	14.6	14.6	14.6
Ertrag	-884.6	-772.0	-822.1	-816.2	-826.2	-826.2
Saldo 1	-869.2	-757.5	-807.6	-801.6	-811.6	-811.6
Verrechnungen	18.4	12.5	16.6	15.7	15.7	15.7
Saldo 2	-850.8	-745.0	-791.0	-786.0	-796.0	-796.0
Informationstechnologie						
Globalbudget						
Aufwand	13.7	14.9	15.4	15.9	16.5	16.5
Ertrag	-4.4	-4.8	-4.8	-4.9	-5.0	-5.0
Saldo 1	9.3	10.1	10.5	11.0	11.5	11.5
Verrechnungen	-9.5	-8.5	-8.5	-8.5	-8.5	-8.5
Saldo 2	-0.2	1.6	2.0	2.5	2.9	2.9

Staatsaufsichtswesen	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo 1	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	1.0
Verrechnungen	-0.8	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.1
Amtsschreiberei-Dienstleistungen						
Globalbudget						
Aufwand	25.1	25.7	25.7	25.5	25.5	25.5
Ertrag	-32.7	-33.0	-33.4	-32.7	-32.7	-32.7
Saldo 1	-7.6	-7.3	-7.7	-7.2	-7.2	-7.2
Verrechnungen	5.6	5.9	6.0	6.0	6.0	6.0
Saldo 2	-2.0	-1.4	-1.8	-1.2	-1.2	-1.2

5.5. Departement des Innern

Gesundheit	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	5.5	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2
Ertrag	-0.4	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo 1	5.2	5.9	5.9	5.9	5.9	5.9
Verrechnungen	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo 2	6.3	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1
Finanzgrösse Spitalbehandlungen gemäss KVG						
Aufwand	44.4	52.0	50.0	53.5	57.5	121.5
Ertrag	-3.1	-2.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Saldo 1	41.2	50.0	48.5	52.0	56.0	120.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	41.2	50.0	48.5	52.0	56.0	120.0
Solothurn. innerkantonale Spitalversorgung						
Globalbudget						
Aufwand	198.2	209.6	218.0	220.5	223.5	225.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	198.2	209.6	218.0	220.5	223.5	225.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	198.2	209.6	218.0	220.5	223.5	225.5
Soziale Sicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	7.2	8.1	8.1	8.8	8.8	8.8
Ertrag	-1.5	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo 1	5.7	7.9	7.9	8.6	8.6	8.6
Verrechnungen	0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo 2	5.7	7.7	7.8	8.4	8.4	8.4
Finanzgrösse Sozialversicherungen						
Aufwand	287.6	229.1	234.0	239.8	245.6	249.3
Ertrag	-125.3	-137.6	-139.0	-141.0	-143.0	-143.0
Saldo 1	162.3	91.5	95.0	98.8	102.6	106.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	162.3	91.5	95.0	98.8	102.6	106.3
Finanzgrösse Soziale Dienste						
Aufwand	1.5	2.1	2.2	2.3	2.4	2.4
Ertrag	-0.3	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Saldo 1	1.1	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	1.1	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8
Finanzgrösse Soziale Institutionen						
Aufwand	4.0	54.2	55.2	56.2	57.2	58.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	4.0	54.1	55.1	56.1	57.1	58.1
Verrechnungen	1.9	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo 2	5.9	55.9	57.1	58.1	59.1	60.1
Finanzgrösse Sozialhilfe und Asyl						
Aufwand	19.6	16.4	16.4	16.4	16.4	16.4
Ertrag	-20.4	-18.2	-17.3	-17.3	-17.3	-17.3
Saldo 1	-0.7	-1.8	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Verrechnungen	1.4	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Saldo 2	0.7	0.0	0.9	0.9	0.9	0.9

Öffentliche Sicherheit	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	11.9	12.7	12.9	12.9	12.9	12.9
Ertrag	-8.0	-8.0	-7.5	-7.5	-7.5	-7.5
Saldo 1	3.8	4.7	5.4	5.4	5.4	5.4
Verrechnungen	1.4	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Saldo 2	5.2	6.6	7.2	7.2	7.2	7.2
Finanzgrösse Taggelder Strafvollzug						
Aufwand	4.4	13.1	13.5	13.5	13.5	13.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	4.4	13.1	13.5	13.5	13.5	13.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	4.4	13.1	13.5	13.5	13.5	13.5
Admin. u. technische Verkehrssicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	13.0	13.1	13.0	13.0	13.0	13.0
Ertrag	-15.5	-15.5	-15.5	-15.5	-15.5	-15.5
Saldo 1	-2.5	-2.3	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
Verrechnungen	2.5	2.3	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Verkehrseinnahmen und deren Verwendung						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-62.9	-63.8	-64.9	-66.0	-66.0	-66.0
Saldo 1	-62.9	-63.8	-64.9	-66.0	-66.0	-66.0
Verrechnungen	62.9	63.8	64.9	66.0	66.0	66.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzug						
Globalbudget						
Aufwand	0.0	16.6	16.6	16.6	16.6	16.6
Ertrag	0.0	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8
Saldo 1	0.0	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Verrechnungen	0.0	3.0	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo 2	0.0	6.7	6.7	6.7	6.7	6.7
Polizei						
Globalbudget						
Aufwand	61.5	68.1	70.1	70.8	70.9	70.9
Ertrag	-21.4	-22.1	-21.8	-21.8	-21.8	-21.8
Saldo 1	40.1	46.0	48.3	49.1	49.1	49.1
Verrechnungen	-5.8	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Saldo 2	34.3	40.8	43.1	43.8	43.9	43.9

5.6. Volkswirtschaftsdepartement

Führungsunt. VWD u. Stiftungsaufsicht	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo 1	1.3	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Verrechnungen	-0.3	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Saldo 2	1.0	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Wirtschaft und Arbeit						
Globalbudget						
Aufwand	23.5	25.1	25.1	25.2	25.2	25.2
Ertrag	-18.5	-17.9	-18.0	-18.0	-18.1	-18.0
Saldo 1	4.9	7.1	7.1	7.2	7.1	7.1
Verrechnungen	2.1	1.9	1.8	1.8	1.8	1.8
Saldo 2	7.0	9.0	8.9	9.0	9.0	9.0
Gemeinden und Zivilstandsdienst						
Globalbudget						
Aufwand	4.1	4.6	4.8	4.8	4.8	4.8
Ertrag	-1.8	-1.5	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo 1	2.3	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Verrechnungen	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo 2	3.2	4.1	4.1	4.1	4.1	4.1
Finanzgrösse Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge						
Aufwand	0.0	0.0	0.4	0.4	0.4	0.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	0.0	0.0	0.4	0.4	0.4	0.4
Verrechnungen	6.9	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Saldo 2	6.9	7.5	7.9	7.9	7.9	7.9
Finanzgrösse Finanzaus. Einwohnergemeinde						
Aufwand	15.4	15.9	15.3	15.2	15.2	15.2
Ertrag	-8.7	-8.6	-8.0	-7.9	-7.9	-7.9
Saldo 1	6.8	7.3	7.3	7.3	7.3	7.3
Verrechnungen	-6.8	-7.3	-7.3	-7.3	-7.3	-7.3
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzaus. Kirchgemeinde						
Aufwand	17.0	12.0	16.1	15.1	15.1	15.1
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	17.0	12.0	16.1	15.1	15.1	15.1
Verrechnungen	-17.0	-12.0	-16.1	-15.1	-15.1	-15.1
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wald, Jagd und Fischerei						
Globalbudget						
Aufwand	8.8	7.3	7.8	7.8	7.8	7.8
Ertrag	-5.8	-4.1	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
Saldo 1	2.9	3.2	3.4	3.4	3.4	3.4
Verrechnungen	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo 2	3.4	3.8	4.0	4.0	4.0	4.0

Landwirtschaft	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	83.9	81.7	87.0	87.2	87.5	84.9
Ertrag	-76.5	-73.4	-77.3	-77.7	-77.9	-75.3
Saldo 1	7.4	8.3	9.7	9.6	9.6	9.6
Verrechnungen	3.3	3.5	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo 2	10.6	11.8	13.3	13.2	13.2	13.2
Finanzgrösse Zufahrt zu Berghöfen (SF)						
Aufwand	0.5	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 1	0.5	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
Verrechnungen	-0.5	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Tierseuchenkasse (SF)						
Aufwand	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
Ertrag	-0.6	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Saldo 1	0.0	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz						
Globalbudget						
Aufwand	10.5	10.1	10.1	10.1	10.1	10.1
Ertrag	-5.4	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Saldo 1	5.1	5.9	5.9	5.9	5.9	5.9
Verrechnungen	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1
Saldo 2	7.2	7.9	7.9	7.9	7.9	7.9

5.7. Gerichte

Gerichte	RE 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012
Globalbudget						
Aufwand	20.3	21.3	21.3	21.3	21.3	21.3
Ertrag	-5.1	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo 1	15.2	16.4	16.4	16.4	16.4	16.4
Verrechnungen	2.5	2.9	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo 2	17.7	19.4	19.4	19.4	19.4	19.4
Finanzgrösse Bussen, Abschreibungen						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo 1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0